



14. Stadtratsprotokoll / 14^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 24. Oktober 2019, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 24 octobre 2019 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburger-Brom Dana, Bigler Jarno, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clausss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gerber Andreas, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Gurtner-Oesch Sandra, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meuli Selma, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zimmermann Erwin

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Hamdaoui Mohamed, Scherrer Martin, Stolz Joseline, Wiher Max, Zumstein Joël

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

187. 20190162 Budget 2020 (Fortsetzung)	582
• Präsidialdirektion	582
• Finanzdirektion	582
• Direktion Soziales und Sicherheit	583
• Direktion Bildung, Kultur und Sport	584
• Direktion Bau, Energie und Umwelt	585
• Botschaft	587
188. 20190303 Erneuerung Kunstrasen Sportanlage Champagne / Verpflichtungskredit	591
189. Begründung der Dringlichkeit der Motion 20190373 Susanne Clauss, Fraktion SP/JUSO «Neue Einnahmequellen in der Höhe von mindestens einem Steuerzehntel»	596
190. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20190374, Dana Augsburg-Brom, SP, Reto Gugger, BDP, Peter Heiniger, PdA «Welcome the Paradise!»	596
191. Ordnungsantrag	597
192. Dringliches Postulat 20190173, Peter Heiniger, PdA, «Die Weiterführung des X-Project muss sichergestellt werden!»	598
193. Dringliche überparteiliche Interpellation 20190174, Max Wiher, GLP, Glenda Gonzalez, PSR, Daniela de Maddalena, Grüne, Natasha Pittet, PRR, Anna Tanner, SP, «Jugend und Kultur oder Hotel am Rennweg 62?»	602
194. 20190179 Projekt Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates / Verpflichtungskredit	603
195. Überparteiliche Motion 20190013, Levin Koller, JUSO, Myriam Roth, Grüne, Julien Stocker, GLP, Miro Meyer, JUSO, Muriel Günther, SP, Anna Tanner, SP, Lena Frank, Grüne, «Mit einem Klimareglement das Pariser Klimaabkommen in der Stadt Biel umsetzen»	608
196. Neueingänge	615

Strobel Salome, 1. Vize-Präsidentin: Ich begrüße Sie zur heutigen Stadtratssitzung. Wie der Stadtratspräsident bereits gestern mitgeteilt hat, trifft er aus beruflichen Gründen heute verspätet ein. Bis dahin übernehme ich die Sitzungsleitung.

Auf Ihren Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- Botschaft zum Budget 2020 mit den überarbeiteten Gegenargumenten
- Änderungsantrag der Kommission RSO zum Verpflichtungskredit für das Projekt «Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates».

Auf Einladung der reformierten Kirchgemeinde Biel sind Gäste aus Kamerun anwesend. Ich heisse Sie herzlich willkommen! (*Applaus*)

Wir setzen die Beratung zum Budget 2020 fort. Ich bitte Sie, Änderungsanträge, die eine Direktion betreffen bei der Beratung der jeweiligen Direktion einzubringen. Ausserdem bitte ich Sie, Anträge zusätzlich in schriftlicher Form mit Angabe der betreffenden Kontonummer bei der Ratssekretärin abzugeben. Bemerkungen zur Sonderrechnung sind bei der entsprechenden Direktion anzubringen.

187. 20190162 Budget 2020 (Fortsetzung)

Präsidialdirektion

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Ich habe eine Frage, die eigentlich alle Direktionen betrifft. Da es dabei um das Personal geht und dieses bei der Präsidialdirektion angegliedert ist, stelle ich sie jetzt. So wie ich das verstehe, soll das gesamte städtische Personal 0,6 % Lohnerhöhung erhalten. Bei einzelnen Direktion, jedoch nicht bei allen, sind zusätzlich noch individuelle Lohnerhöhungen erwähnt. Haben nicht alle Direktionen diesen Punkt erwähnt oder werden die individuellen Lohnerhöhungen jeweils von jeder Direktion festgelegt? Gibt es für die Stadt Biel eine einheitliche Lohnpolitik?

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Grupp, ich kann Sie beruhigen, die Lohnpolitik wird in allen Direktionen gleich gehandhabt. Die fehlenden Angaben sind auf einen Fehler im Textaufbau des Budgetdokuments zurückzuführen, der leider nicht bei allen Direktionen korrigiert wurde. Vorgeschlagen wird eine generelle Erhöhung der Lohnsumme von 0,6%. Dieser Prozentsatz setzt sich aus Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhung zusammen. Selbstverständlich gibt es in jeder Direktion Mitarbeitende, die aufgrund ihrer ausgezeichneten Leistung einen Stufenanstieg oder eine Beförderung erhalten. Die individuellen Lohnerhöhungen können - je nachdem - aufgrund der gleichzeitigen strukturellen Anpassungen in den einzelnen Direktionen keinen Unterschied im Gesamtbetrag aufweisen. In allen Direktionen wird jedoch das Beförderungs- und Stufenanstiegssystem einheitlich gehandhabt.

Finanzdirektion

Keine Wortmeldung.

Direktion Soziales und Sicherheit

Wendling Cécile, GPK: Die Direktion Soziales und Sicherheit (DSS) weist im Budget 2020 einen Aufwandüberschuss von 43,3 Mio. aus. Gegenüber dem Budget 2019 bedeutet dies eine Verschlechterung um 0,9 Mio. Bei der DSS steigt der Personalaufwand insbesondere aufgrund der generellen Lohnerhöhung minimal an. Die GPK hat Abklärungen zu den einzelnen auffälligen Konten vorgenommen. Dabei hat sich gezeigt, dass Massnahmen der NHS (Nachhaltige Haushaltsanierung) umgesetzt werden, aber teilweise nicht mehr nach NHS-Vorgaben, sondern nach dem effektiv zu erwartenden Ergebnis budgetiert wird. Die GPK hat wiederum die Budgetierung der Busseneinnahmen beleuchtet. Die Begründung in der Antwort auf meine Motion 20180327 «Busseneinnahmen: Realitätsgetreue Budgetierung» für die Abweichungen gegenüber den Durchschnittswerten der effektiven Einnahmen über die letzten drei Jahre ist plausibel. Wie wird die Abweichung im vorliegenden Budget von rund 0,6 Mio. begründet? Gemäss der zuständigen Direktion liegt dieser Abweichung die NHS-Massnahme 3.7 «Ausbau, Überwachung des rollenden Verkehrs» zugrunde. Diese Massnahme wird in den kommenden Monaten umgesetzt, wofür zusätzliche Kameras zur Verkehrsüberwachung beschafft werden sollen. Damit werden zusätzliche Einnahmen erwartet. Die GPK wird selbstverständlich die Zahlen zu den Busseneinnahmen weiterhin beobachten.

Bigler Jarno, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO hat die Budgetierung der verschiedenen Direktionen mit Interesse studiert. Ich danke Herrn Gemeinderat Feurer und seinen Mitarbeitenden für die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen. Zusätzlich stellen sich der Fraktion SP/JUSO noch folgende Fragen:

1. Die Konten 300 «Behörden und Kommissionen» und 301 «Löhne Verwaltungs-/Vertriebspersonal» der Sozialbehörde sind um CHF 38'000 weniger hoch budgetiert als letztes Jahr. Auf Nachfrage, wurde der Fraktion SP/JUSO mitgeteilt, dass die Ausgestaltung der Sozialbehörde noch nicht geregelt ist. Die Sozialbehörde nimmt aber trotzdem ihre Aufgaben wahr und hat eine Funktion. Warum wurde soviel weniger budgetiert?
2. Auf der Kontonummer 430 «Verschiedene betriebliche Erträge» der Abteilung Soziales wurde wesentlich weniger budgetiert als 2019. Dieser Sachverhalt wurde von der DSS nachvollziehbar begründet. Nicht nachvollziehbar bleibt jedoch der Hinweis, dass die Sozialhilfebeziehenden in einer sehr preisgünstigen Krankenkasse versichert seien und gewisse Medikamente von dieser nicht bezahlt würden. Das Krankenversicherungsgesetz (KVG; SR 832.10) gilt für alle Krankenkassen im gleichen Ausmass. Hat dies Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung der Sozialhilfebeziehenden?

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Zur Frage, weshalb die Kosten der Sozialbehörde tiefer budgetiert sind als letztes Jahr: Die Sozialbehörde nimmt selbstverständlich ihre Aufgaben wahr. Weitere Kosten einer externen Sozialbehörde sind jedoch nicht budgetiert, da offen bleibt, wann und ob diese externe Behörde geschaffen wird. Ich bin nicht sicher, ob ich Ihre zweite Frage richtig verstanden habe. Das KVG wird fortlaufend angepasst, was zu anderen Kostenstrukturen führt. Die Aufwendungen bleiben aber jeweils kostendeckend. Es liegt nichts darüber vor, dass zur Gesundheitsversorgung und zur Abdeckung der Gesundheitskosten der Sozialhilfebeziehenden ein Problem besteht.

Direktion Bildung, Kultur und Sport

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: Je souhaiterais faire quelques remarques au sujet du budget de la direction de la formation, de la culture et du sport. Le nombre d'élèves toujours croissant entraîne des frais supplémentaires (salaires des enseignant(e)s, matériel scolaire et locaux). Il est vrai que cette augmentation est réjouissante pour Bienne, mais c'est un défi de taille. La Commission de gestion (CDG) souhaite souligner une fois encore qu'une planification proactive, non seulement pour les locaux scolaires mais aussi pour l'organisation générale des écoles, est très importante afin de garantir une bonne budgétisation.

La CDG s'est intéressée un peu plus en détail aux bons de garde destinés à l'accueil extra-familial. Comme vous le savez, dès août 2020, les familles pourront demander des bons de garde à la Ville afin de payer les frais de crèches de leurs enfants. Le montant de ces bons sera déterminé par les revenus de la famille. Ces bons pourront ensuite être utilisés dans toutes les crèches du Canton de Berne. Cette réorganisation coûtera plus cher que le système actuel des places subventionnées, car davantage de personnes y auront accès. Selon les estimations, il s'agira de 1 million de fr. de plus par an dès 2021, qui sera la première année complète avec ce nouveau système. La CDG souligne qu'il ne s'agit que d'une estimation, car personne ne peut exactement savoir combien de familles demanderont ces bons et à quels montants elles auront droit. Il faut saluer le fait que, grâce à ce système, il n'y aura plus de liste d'attente, ce qui est une excellente chose pour tout le monde. Les crèches de la Ville devront aussi, à l'avenir, encore mieux faire attention à leur gestion, tant financière qu'opérationnelle, pour continuer à attirer les familles dans les crèches publiques. Deux postes temporaires sont attribués pour gérer les demandes de bons de garde. La CDG espère vivement que dès que le système sera mis en place, ces tâches pourront être accomplies par moins de personnes et, en tout cas, moins que deux postes à temps plein. La CDG souhaite aussi rappeler au Conseil de ville que le droit supérieur donne droit à une garde des enfants et qu'il revient à la Ville d'accomplir cette tâche. Enfin, cette nouvelle organisation entraîne un changement dans la budgétisation. Auparavant, tous les postes qui concernaient les crèches étaient budgétés ensemble. Dès 2020, le budget de gestion des crèches sera séparé de celui des bons de garde. La CDG salue cette décision, même si elle rend la lecture du budget plus difficile cette année, car il y aura bien plus de transparence sur les montants affectés à la gestion et ceux affectés aux bons de garde.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Zuerst dankt die Fraktion SP/JUSO allen Beteiligten der Direktion Bildung, Kultur und Sport (BKS) für die grosse geleistete Arbeit. Das Budget der BKS steigt von allen Direktionen am stärksten an. Neben dem Personalaufwand steigen die Kosten auch dadurch, dass aufgrund der Bevölkerungszunahme in Biel 16 neue Klassen eröffnet werden müssen. Ausserdem verursacht die vom Kanton beschlossene Umstellung bei der Vergütung der familienergänzenden Kinderbetreuung zusätzliche Kosten. Die Betreuungsgutscheine sollen neu in allen Gemeinden des Kantons zugelassen werden. So können Eltern aus dem Berner Jura oder dem Seeland ihre Kinder nach Biel in die Kita bringen während sie in der Stadt arbeiten. Für die städtischen Kitas ist eine Abschätzung der künftigen Belegung nicht einfach. Die Qualität der städtischen Kitas ist hoch, es wird deshalb eher eine Erhöhung der Kinderzahlen erwartet. Glücklicherweise wurde an der gestrigen Stadtratssitzung der Antrag zur linearen Kürzung von 1% auf den Konti 30

«Personalaufwand» und 31 «Sach- und übriger Betriebsaufwand» abgelehnt. Wie hätte diese Forderung bei den Kitas erfüllt werden sollen? Die Anzahl der Kinder, die in Zukunft die Kitas besuchen werden, ist ungewiss. Statt Einsparungen bei der Bildung vorzunehmen, tendiere ich eher dazu, den Kanton in seine Verantwortung zu nehmen. Was er fordert, soll er auch bezahlen. Ich erwähne das Projekt für die Beschaffung der Schulinformatik (20180147 «Projekt Schulinformatik – DiAna / Verpflichtungskredit»): Der Stadtrat hat dafür rund CHF 15 Mio. über eine Laufzeit von 4 Jahren bewilligt. Dies stellt eine grosse Belastung für das Budget der Stadt dar. Der Kanton beteiligt sich nicht an den Kosten, obschon er die Aufrüstung mit dem neuen Lehrplan notwendig macht. Ich erwarte von der Finanzdirektorin und dem gesamten Gemeinderat, dass sie sich vehement dafür einsetzen, dass die Stadt Biel nicht immer Kosten tragen muss, welche eigentlich der Kanton verursacht. Eventuell kann gegen den Kanton rechtlich vorgegangen werden.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je souhaite uniquement vous signaler que, pour le sujet des bons de garde et des crèches, le Conseil municipal présentera un rapport au Conseil de ville avant la fin de l'année. Vous aurez la possibilité, à ce moment, de découvrir ou d'approcher cette thématique en détail. Le Conseil municipal estime qu'il est important que le Conseil de ville puisse débattre de ce sujet plus en détail et non uniquement en quelques minutes, dans le cadre du budget.

Monsieur Steinmann, le budget de la Direction de la formation, de la culture et du sport augmente beaucoup. Vous avez déjà signalé le nombre d'ouverture de classes, qui est de 16. Je tiens à préciser qu'il ne s'agit pas de 16 ouvertures de classes dès l'été prochain puisque 5 classes sont déjà ouvertes maintenant. Selon nos prévisions, il faudra en ouvrir 11 nouvelles l'année prochaine, ce qui va évidemment être une charge très importante pour la Ville. Vous recevrez, comme d'habitude, en début d'année le rapport relatif à l'ouverture des nouvelles classes.

On oublie souvent que les directions ne sont pas équivalentes en terme de charges du personnel. En effet, la Direction de la formation, de la culture et du sport compte plus de la moitié des collaborateurs et collaboratrices de la Ville de Bienne.

Direktion Bau, Energie und Umwelt

Tanner Anna, GPK: Die GPK hat das Budget der Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) geprüft. Gegenüber dem letzten Budget gibt es eine Defizitminderung von 1,33 Mio. Der Personalaufwand steigt, wie in fast jeder anderen Direktion auch, bei der BEU um 2%. Ich danke an dieser Stelle der Direktorin und ihren Mitarbeitenden für die Beantwortung der Fragen der GPK. Die Differenz auf dem Konto 300 «Behörden und Kommissionen» auf Seite 88 gegenüber dem Budget 2018 kommt daher, weil die Kommission nicht jedes Jahr tagt. Die GPK wünscht eine genauere und nachvollziehbare Beschreibung der Abweichungen. Beispielsweise ist bei den Abweichungen der Konzessionen nur erwähnt, dass es sich um solche des ESB (Energie Service Biel/Bienne) handelt. Auf Nachfrage wurde der GPK mitgeteilt, dass die Kostenunterschiede den mengenabhängigen Verbrauch von Strom und Gas auf öffentlichem Grund betreffen. Vollständigkeitshalber weise ich noch auf zwei weitere Punkte hin: Auf Seite 91, unter «Betrieblicher Ertrag» im Budgetposten 42 «Entgelte»

ist die Zahl unvollständig. Auf Seite 93 fehlen einige Budgetposten beim Betrieblichen Ertrag. Diese wurden der GPK nachgeliefert.

Ogi Pierre, PSR: J'ai demandé d'ajouter au budget une somme de 200'000 fr. afin de nettoyer et d'ouvrir de nouvelles toilettes publiques à Bienne. Comme tout le monde le sait, une grande partie des toilettes publiques a été fermée. Le Conseil municipal a aussi mené une politique de «terre brûlée». En effet, d'anciennes toilettes publiques ont été louées afin de les transformer en kiosques, par exemple. Ceci permet de s'assurer qu'il n'est plus possible de revenir en arrière! Je me demandais si le fait d'aller aux toilettes est toujours d'actualité! D'après la Direction des travaux publics, le coût du nettoyage des toilettes publiques s'élève à environ 80'000 fr. Je me suis donc demandé comment il serait possible de réunir 800'000 fr. pour couvrir dix ans de nettoyage. Comment et où cette somme de 800'000 fr. a-t-elle été dépensée? La Ville a dépensé 350'000 fr. pour l'installation d'îlots de repos. Comme la Plage de Bienne avait été louée toute l'année à des personnes ou à des entreprises privées, la population, qui ne pouvait plus aller à la plage, se rendait sur ces îlots pour se rafraîchir au soleil, avec des essences de goudron fondu! J'avais donc déjà trouvé la somme de 350'000 francs. Le solde de 450'000 fr. a été loué devant la place de la Gare pour y entreposer des palettes usagées! (*rires dans la salle*). Avec cet argent, la Ville de Bienne aurait pu entretenir ses toilettes publiques durant dix ans. Je vous demande donc de soutenir ma proposition **d'ajouter au budget une somme de 200'000 fr. pour l'entretien des toilettes publiques.**

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich danke der GPK für den Austausch und die Würdigung des vorliegenden Budgets. Ich äussere mich zum Antrag von Herrn Ogi: Er schlägt eine Verschlechterung des Budgets um CHF 200'000 vor. In den letzten Jahren wurde die Reinigung der Toiletten mit CHF 100'000 budgetiert. Sie erinnern sich vielleicht, dass es vor NHS jeweils CHF 200'000 waren. Mit Einführung der NHS wurde der ganze Betrag gestrichen. Als sich herausstellte, dass das so nicht geht, wurden CHF 100'000 budgetiert und die Hälfte der öffentlichen Toiletten wieder in Betrieb genommen. Die Stadt verfügt über genügend öffentliche Toiletten da zusätzlich die «nette Toilette» in Zusammenarbeit mit den Gastrobetrieben eingeführt wurde. Die Betriebe stellen ihre Toiletten nicht nur der Kundschaft, sondern auch PassantInnen zur Verfügung. Mit einer Erhöhung um CHF 200'000 wäre der Betrag so hoch wie nie zuvor. Bis jetzt sind keine Reklamationen über zuwenig öffentliche Toiletten eingegangen. Die Einsparung hatte demnach keine grossen Komforteinbussen zur Folge. Ich bitte Sie auch im Namen des Gemeinderates, den Antrag auf eine Budgetverschlechterung von CHF 200'000 abzulehnen.

Abstimmung

- über den Antrag von Pierre Ogi, das Budget für die Reinigung der öffentlichen Toiletten um CHF 200'000 zu erhöhen

Der Antrag wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst**, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 14. August 2019 betreffend «Budget 2020» gestützt auf Art. 9 Abs. 1 und Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

- I. Den Stimmberechtigten wird die Zustimmung zu folgendem Gemeindebeschlussesentwurf empfohlen:

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 23./24. Oktober 2019 und gestützt auf Art. 12 Ziffer 2 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), beschliesst:

1. Das Budget der Einwohnergemeinde Biel für das Jahr 2020 wird genehmigt.
2. Im Jahr 2020 werden folgende unveränderte Gemeindesteuern erhoben: Das 1.63-fache der kantonalen Einheitssätze auf den Gegenständen der Staatssteuern (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital).
3. Im Jahr 2020 wird eine unveränderte Liegenschaftssteuer, welche mit 1.5‰ des amtlichen Wertes veranschlagt wird, erhoben.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

Strobel Salome, 1. Vize-Präsidentin: Wir behandeln nun die Botschaft zum Budget. Sämtliche redaktionellen Änderungen wurden vom Ratssekretariat in die überarbeitete, Ihnen vorliegende Version eingefügt. Die Argumente DAGEGEN der Fraktion GLP+ sind bereits in der Botschaft aufgenommen. Die weiteren Anträge der Fraktion GLP+ zur Botschaft sind auf dem blauen Blatt ersichtlich.

Botschaft

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Die Lektüre der Botschaft an die Stimmberechtigten zum vorliegenden Budget hat mich in Erstaunen versetzt. Man könnte denken, sie sei für ein anderes Budget verfasst worden als dasjenige, das im Bericht des Gemeinderats erläutert wird. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele: Bereits auf der ersten Seite werden in der Botschaft Subventionserhöhungen von CHF 3,32 Mio. erwähnt. Darüber wird im gesamten Bericht des Gemeinderats kein Wort verloren. Auf Seite 3 der Botschaft steht, dass die Kompensation für das konjunkturelle Defizit über Spezialfinanzierungen erfolgen soll. Wir haben jedoch ein strukturelles Problem und kein konjunkturelles Defizit. Die Konjunktur läuft momentan problemlos. Auf Seite 5 wird das ausgeglichene Budget mit der restriktiven Budgetierung und der gleichzeitigen Kontrolle des Betriebsaufwandes erklärt. Dies bei einem Budget, das einen Anstieg des betrieblichen Aufwands um 5% in einem einzigen Jahr vorsieht. Gleich unterhalb wird sinngemäss erwähnt, dass die Entnahme aus der Spezialfinanzierung zu einem «Erhalt des Eigenkapitals» beitrage. Was für eine linguistische Turnübung! Illustriert doch die Tabelle auf Seite 4 sonnenklar die kontinuierliche Abnahme des Eigenkapitals! Die Zusatzdividende des ESB in Höhe von CHF 3 Mio., die für den Ausgleich des Budgets verwendet wird, ist in der gesamten Botschaft nirgends erwähnt. Schliesslich steht unter Punkt 3.2.3 «Personal und Sachaufwand», dass das Budget den Ausgleich der Teuerung vorsieht. Die Entwicklung des Personalaufwands sei unter Kontrolle. Es wird aber kein Wort darüber verloren, dass eine generelle Lohnerhöhung von 0,6% vorgesehen ist. Ich finde, diese Botschaft ist ziemlich grenzwertig formuliert. Sie unterscheidet sich ziemlich deutlich vom Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat.

Die Stimmberechtigten haben Anspruch darauf, korrekt informiert zu werden. Letztendlich heisst es «Botschaft des Stadtrates an die Stimmberechtigten». Wie die Informationen in der Botschaft bewertet werden, ist selbstverständlich jedem selbst überlassen. Es ist jedoch die Pflicht des Stadtrates, gegenüber den Stimmberechtigten ehrlich zu sein und sie über die wesentlichen Dinge zu informieren. Zur Korrektur der, aus Sicht der Fraktion GLP+, grössten Ungereimtheiten reichen wir drei Anträge die Botschaft betreffend ein:

1. Auf Seite 3 steht der Begriff «konjunkturelles Defizit». Aus unserer Sicht ist es nicht angemessen, von einem konjunkturellen Defizit zu sprechen. Es herrscht keine schlechte Konjunktur. Die Fraktion GLP+ beantragt, diesen Begriff durch **«strukturelles Defizit»** zu ersetzen.
2. Punkt 3.2.1 auf Seite 5, gibt einen allgemeinen Überblick über das Budget. Der erste Abschnitt soll mit einer Zusatzbemerkung ergänzt werden: **«... sowie einer Zusatzdividende (Substanzdividende) von CH 3,0 Mio. durch den ESB und einer Entnahme von CHF 4,9 Mio. aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» zurückzuführen»**. Diese Effekte sorgen ebenfalls für ein ausgeglichenes Budget.
3. **Der zweite Abschnitt zu Punkt 3.2.1 ist komplett zu streichen.** Aus Sicht der Fraktion GLP+ ist es sprachlich unsinnig, dass sich die Entnahme der Spezialfinanzierung positiv auf das Eigenkapital auswirke und dieses erhalte. Diese Aussage ist nicht korrekt.

Die Gegenargumente liegen Ihnen vor. Ich muss diese nicht näher ausführen. Ich hoffe, dass damit nichts übertrieben oder überspitzt dargestellt wird. Vielleicht noch zwei kleine Ergänzungen redaktioneller Natur: Im ersten Punkt der Gegenargumente habe ich den Begriff «städtischer Haushalt» verwendet. Ich wurde darauf hingewiesen, dass dort korrekterweise «städtischer Gesamthaushalt» stehen müsste. Das ist für mich in Ordnung. Im zweiten Punkt habe ich den Begriff «laufendes Budget» verwendet. Der Klarheit halber wurde vorgeschlagen, vom «Budget 2020» zu sprechen.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Herr Briechle, ich danke Ihnen für die begründeten und fundierten Anmerkungen. Bei den Gegenargumenten finde ich die verwendeten Begriffe aber falsch. Es geht um das zweite Argument, wo steht: *«Der Grossteil der Investitionen kann nur durch neue Verschuldung getätigt werden. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei unter 20%, es muss mit einem Finanzierungsfehlbetrag von rund CHF 35 Mio. gerechnet werden, welchen das Budget 2020 nicht auffängt»*. Mir bereitet der Begriff «Fehlbetrag» Mühe. Das Budget ist ausgewogen, uns liegt kein Fehlbetrag vor. Für das zweite Argument DAGEGEN beantrage ich folgende Formulierung: **«Der Grossteil der Investitionen kann nur durch eine Neuverschuldung von CHF 35 Mio. getätigt werden. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt damit unter 20%»**.

Ogi Pierre, PSR: Les propositions du Groupe PVL+ demandent de faire un prélèvement sur un financement spécial. Mais qu'est-ce que cela signifie vraiment pour la population? J'aimerais avoir un peu plus d'explications.

Wiederkehr Martin, SP: Herr Grupp hat bereits vorgebracht, was auch ich beanstande. Es geht nicht um einen Fehlbetrag, sondern um zusätzliche Fremdfinanzierung. Mich stört vor allem der letzte Satz im dritten Argument DAGEGEN. Ob die zunehmende Verschuldung unverantwortlich gegenüber der Zukunft ist, weiss

Herr Briechle genauso wenig wie ich. Heute wird davon ausgegangen, dass künftige Generationen keine Schulden übernehmen müssen, sondern eher noch erben sollen. Es gibt jedoch kein Anrecht auf ein Erbe. Schulden für den Konsum zu machen ist keine gute Verschuldung. Verschuldung für Investitionen hingegen verbessern das Vermögen. Investitionen, sei es in Liegenschaften oder Infrastrukturen sind nicht verlorenes Geld, sondern bedeuten eine Vergrösserung des Vermögens. Dies ist nicht unverantwortlich gegenüber künftigen Generationen, sondern im Gegenteil verantwortungsvoll. Der abtretende Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, sagte sinngemäss, dass eine dauerhafte Staatsverschuldung im Zusammenhang mit öffentlichen Investitionen gerechtfertigt sein könnte. Dies würde das Vermögen kommender Generationen erhöhen bzw. zukünftige Erträge hinterlassen und diese somit reicher machen. Die intergenerative Umverteilung sei hier ein gewünschtes Ergebnis. Dieses Ziel verfolgt die EZB mit ihrer Tiefzinspolitik weiterhin. Die Schulden in Europa nehmen zu. Von Wirtschaftskreisen ist dies erwünscht. Schulden sind dann sinnvoll, wenn sie in das Vermögen investiert werden. **Ich stelle den Antrag, das dritte Gegenargument zu streichen.**

Bohnenblust Peter, FDP: Ich mache beliebt, das letzte Gegenargument zu belassen. Ich komme aber vor allem auf den Begriff «Fehlbetrag» **im zweiten Gegenargument zurück. Ich beantrage, den Begriff «Finanzierungsfehlbetrag» zu verwenden.**

Briechle Dennis, GLP: Ich bin diese Redaktionsdiskussionen im Stadtrat ziemlich leid. Ich habe die Gegenargumente nicht selbst erfunden, sondern die Texte übernommen. Den Ausdruck «der Fehlbetrag von CHF 35 Mio.» habe nicht ich formuliert, sondern er stammt aus dem Bericht des Gemeinderates auf Seite 37 oben. Der Ausdruck «unverantwortlich gegenüber künftigen Generationen» im dritten Gegenargument ist ebenfalls nicht neu. Er stammt aus der letztjährigen Botschaft an die Stimmberechtigten. Der Stadtrat hat ihn also bereits so verwendet. Im Übrigen steht im Finanzplan des Gemeinderates, dass die Schuldenentwicklung eine erhebliche Hypothek für die Zukunft darstellt. Die Formulierung wurde sinngemäss den Unterlagen des Gemeinderats entnommen. Es handelt sich also nicht um Aussagen, die ich erfunden habe, sondern die vom Gemeinde- oder Stadtrat in der Vergangenheit publiziert wurden. Ich bin jedoch bereit, statt von Fehlbetrag von Finanzierungsfehlbetrag zu sprechen.

Strobel Salome, 1. Vize-Präsidentin: Peter Bohnenblust zieht seinen Antrag zurück.

Steidle Silvia, directrice des finances: J'aurais quelques remarques par rapport à ces propositions. Je commence par ce qui ne pose pas de problème. Le Groupe PVL+ demande de rajouter à la page 5 du message, point 3.2.1: «... *sowie einer Zusatzdividende (Substanzdividende) von CH 3,0 Mio. durch den ESB und einer Entnahme von CHF 4,9 Mio. aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens».* Je pense que cela dépend du poids que l'on veut donner à quel argument. Il est donc tout à fait possible de l'écrire ainsi.

Par contre le remplacement de «*Compensation du déficit conjoncturel...*» par «*Compensation du déficit structurel...*» à la page 3 du message n'est pas idéal. Je me permets de faire une autre proposition si vous ne voulez pas mettre le poids sur le déficit conjoncturel, puisque les déficits sont liés aux effets à court terme du niveau de l'activité liée au cycle. J'ai expliqué hier qu'au niveau des amortissements du patrimoine

administratif restant, il s'agit d'activités de l'ordre de 2 points d'impôts qui sont liées au cycle d'amortissement restant, soit encore huit ans. Les déficits structurels, quant à eux, concernent des prélèvements, des dépenses publiques, qui sont liés à la structure de ces prélèvements. Je proposerais donc que l'on parle de déficit sans préciser s'il est structurel ou conjoncturel.

Quant à la question de l'endettement, ce n'est pas une discussion qui est liée à un seul budget, mais au plan financier et à des prévisions. Il va de soi que je donne juste une information car il revient au Conseil de ville de décider sur ce point. Si on prend un développement sur dix ans, il est clair que les chiffres sont corrects. Toutefois, pour une période de cinq ans, les chiffres sont différents et on peut même constater que l'on a baissé la dette en cinq ans. Il s'agit de voir ce que les arguments contre le budget 2020 indiqués dans le message veulent apporter et ce que le Parlement veut accepter. Suivant la période considérée, l'endettement est ou n'est pas un argument important.

Strobel Salome, 1. Vize-Präsidentin: Ich stelle die Vorschläge der Fraktion GLP+ und Herrn Grupp zum zweiten Argument DAGEGEN einander gegenüber.

Abstimmung

- Gegenüberstellung des Antrags der Fraktion GLP+: **«Der Grossteil der Investitionen kann nur durch neue Verschuldung getätigt werden. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei unter 20%, es muss mit einem Finanzierungsfehlbetrag von rund CHF 35 Mio. gerechnet werden, welchen das Budget 2020 nicht auffängt»** und des Antrags von Herrn Grupp: **«Der Grossteil der Investitionen kann nur durch eine Neuverschuldung von CHF 35 Mio. getätigt werden. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt damit unter 20%».**

Der Antrag der Fraktion GLP+ obsiegt gegenüber dem Antrag von Herrn Grupp.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Wiederkehr, den letzten Satz im dritten Argument DAGEGEN zu streichen

Der Antrag wird abgelehnt. Der Satz «Das ist unverantwortlich gegenüber künftigen Generationen, welche diese Lasten zu tragen haben» wird beibehalten.

Strobel Salome, 1. Vize-Präsidentin: Wir kommen nun zu den Abstimmungen über die weiteren Anträge der Fraktion GLP+ zur Botschaft. Wir stimmen darüber ab, auf Seite 3 den Begriff «*konjunkturelles Defizit*» durch «*strukturelles Defizit*» zu ersetzen. (*Unruhe im Saal*) Darf ich Sie bitten, Ihre Kommentare am RednerInnenpult abzugeben? (*erneute Unruhe*)

Briechele Dennis, Fraktion GLP+: Ich ziehe den Antrag der Fraktion GLP+ zugunsten des Vorschlags von Frau Gemeinderätin Steidle **zurück**, wonach auf Seite 3 nur noch «Defizit» erwähnt werden soll.

Strobel Salome, 1. Vize-Präsidentin: Gibt es gegen den Antrag des Gemeinderats Opposition? Dies ist nicht der Fall, was die Sache leichter macht.

Der nächste Antrag der Fraktion GLP+ betrifft Ziffer 3.2.1 auf Seite 5. Es wird beantragt, den Satz zu ergänzen mit «... sowie einer Zusatzdividende (Substanzdividende) von CHF 3 Mio. durch den ESB und einer Entnahme von CHF 4,9 Mio. aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens»...». Möchte sich dazu noch jemand äussern? Das ist nicht der Fall.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion GLP+ Ziffer 3.2.1 auf Seite 5 der Botschaft zu ergänzen

Der Antrag wird angenommen.

Strobel Salome, 1. Vize-Präsidentin: Somit stimmen wir jetzt über den letzten Antrag der Fraktion GLP+ ab.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion GLP+ den letzten Satz zu Ziffer 3.2.1 auf Seite 5 zu streichen

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Entwurf für die Botschaft an die Stimmberechtigten wird mit Änderungen genehmigt.

Strobel Salome, 1. Vize-Präsidentin: Ich übergebe die Sitzungsleitung an den soeben eingetroffenen Stadtratspräsidenten.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich danke der 1. Vizepräsidentin für die Sitzungsleitung. Wir setzen die Sitzung mit der Beratung zum nächsten Geschäft fort.

188. 20190303 Erneuerung Kunstrasen Sportanlage Champagne / Verpflichtungskredit

Frank Lena, GPK: Der Kunstrasen in der Sportanlage Champagne muss ersetzt werden. Er wird sehr intensiv genutzt. Die zunehmende Hitze und vermehrte Sonneneinstrahlung im Sommer haben zu einer Verklumpung des Gummigranulats geführt. Der Ersatz des Kunstrasens ist deshalb aufgrund seines Zustands und der Auslastung aus Sicht der GPK gerechtfertigt. Der neue Kunstrasen soll von besserer Qualität und umweltfreundlicher sein. Zusätzlich zum Kunstrasen wird die

Platzbeleuchtung mit LED ersetzt. Für den neuen Rasen wird ausserdem eine neue Maschine für dessen Unterhalt benötigt. Die bisherige Maschine wird ihren Lebensabend in der Tissot-Arena verbringen. Der Platzunterhalt in der Champagne wird weiterhin von der Stadtgärtnerei wahrgenommen. Die Kosten für den vorliegenden Verpflichtungskredit belaufen sich auf CHF 956'000. Wahrscheinlich wird der kantonale Sportfonds einen Beitrag leisten. Gemäss Zeitplan sollen zwischen August und November 2019 per Einladungsverfahren Offerten eingereicht werden können. Die GPK findet den Titel des vorliegenden Verpflichtungskredits unglücklich gewählt. Neben dem Kunstrasen soll der Kauf einer Spezialmaschine getätigt und die Beleuchtung ausgewechselt werden. Zudem bleiben folgende Fragen an die Baudirektorin:

- Wie hoch ist die Miete des FC Azzurri?
- Besteht das Risiko der Verklumpung des Kunstrasens auch bei anderen Anlagen? In der Tissot-Arena wird ja dieselbe Maschine zum Unterhalt genutzt.
- Falls dem so ist, sind Massnahmen geplant, um den Schäden entgegenzuwirken?

Wir danken der Baudirektorin für die Beantwortung der Fragen. Unabhängig davon empfiehlt die GPK, dem vorliegenden Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP wird dem Verpflichtungskredit zustimmen. Ich danke den Mitarbeitenden der Baudirektion und Direktion für Bildung, Kultur und Sport für die Beantwortung der Fragen. Muss es Kunstrasen sein? Ich als umweltbewusstes FDP-Mitglied würde Naturrasen vorziehen. Ich stellte die Frage nach der möglichen Benutzungsdauer. Mir wurde beschieden, dass der Platz für 1200 bis 1600 Stunden Benutzungsdauer ausgelegt sei. Ich machte mich im Internet kundig und stellte fest, dass Naturrasen nur bis zu 600 Stunden benutzt werden kann und anschliessend eine Pause benötigt, was mehrere Plätze bedingen würde. Schweren Herzens verzichte ich deshalb darauf, den Antrag für einen Winternaturrasen zu stellen.

Meine zweite Frage betrifft das Einladungsverfahren. Dieses läuft momentan und ich möchte wissen, ob aufgrund der eingegangenen Offerten allenfalls die Gesamtsumme reduziert werden könnte. Bei den Investitionskosten findet sich im Bericht des Gemeinderats der Posten «Honorare Planung, Bauleitung und Eigenleistungen». Wie sind diese Kosten im Betrag von CHF 90'000 verteilt? Mir wurde geantwortet, dass die Planung ungefähr CHF 50'000, der Geometer CHF 5'000 und die Eigenleistung CHF 35'000 beanspruchen. Ich finde es richtig und gut, dass die Leistungen der städtischen Verwaltung ausgewiesen werden. Dies betrifft im Einzelnen die Bauherrenvertretung, Erstellung des Pflichtenhefts, definieren und begleiten der Terminplanung, Kommunikation intern und extern, Bauleitung, Kostenkontrolle und Qualitätskontrolle. Ich wünsche mir, dass die Eigenleistungen künftig separat ausgewiesen werden.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je remercie tout d'abord le Conseil municipal pour la qualité de ce rapport. Je tiens avant tout à préciser que le Groupe UDC/Les Confédérés soutient en principe le sport. Ce projet de renouvellement du terrain de la Champagne est pour le bien-être des sportifs. En lisant ce rapport, certains points nous ont semblé un peu difficile à suivre en raison de la situation actuelle. Je vous prie de bien vouloir répondre aux questions suivantes que j'ai posées auparavant à Monsieur Némitz:

- Les différentes études scientifiques ne sont pas en accord avec l'industrie du gazon artificiel en ce qui concerne les risques pour la santé des joueurs, notamment en raison de la présence de plastiques cancérogènes (HAP) provenant de vieux pneus recyclés, que l'on trouve sur certains terrains. Avez-vous tenu compte de ces problématiques dans l'évaluation des solutions probables ou était-ce négligeable selon votre étude et si oui pourquoi?
- Nombre de joueurs de football n'aiment pas jouer sur ce gazon artificiel en raison de l'impact physique sur les articulations engendré par la dureté du terrain. Ce sujet a-t-il été évoqué dans le groupe de travail?
- Est-il plus judicieux, à l'heure actuelle et en raison de la soi-disant crise climatique, d'investir dans un terrain en gazon synthétique? Une variante en gazon naturel ne serait-elle pas plus respectueuse du vrai football, plus écologique, plus saine pour les joueurs et peut-être moins coûteuse?
- Le gazon artificiel défectueux a été installé en 2009 et dix ans plus tard, il doit être remplacé pour un investissement d'environ 1 million de fr., correspondant à un amortissement d'environ 120'000 fr. par année. Ce montant n'est-il pas démesuré par rapport à la location, qui apparemment entraîne une perte de 40'000 fr.?
- Combien d'autres terrains de football ont été aménagés avec la même technologie que la Champagne?
- Faut-il s'attendre à d'autres crédits d'engagement extraordinaires dans les prochaines années ou les prochains mois à venir?

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO wollte dem vorliegenden Verpflichtungskredit vorbehaltlos zustimmen. Bei einem vertieften Vergleich zwischen Kunstrasen und Naturrasen stellte sich aber die Frage, ob ein neuer Kunstrasen wirklich sinnvoll ist. Im Bericht des Gemeinderats fehlt eine klare ökologische Prüfung. Die Fraktion SP/JUSO würde es begrüßen, wenn bei jedem ökologisch relevanten Geschäft ein Argumentarium DAFÜR und DAGEGEN aus ökologischer Sicht aufgeführt würde. Die Nutzungsdauer wurde vorhin angesprochen. Meine Recherchen ergaben, dass heutiger Naturrasen eine massiv höhere Nutzungsdauer hat. Was mich stutzig macht, ist ein Kostenvergleich zwischen Naturrasen und Kunstrasen. Während einer Dauer von 45 Jahren betragen die Investitionskosten für Naturrasen CHF 549'000 gegenüber CHF 2,311 Mio. für Kunstrasen. Die Lebensdauer von Kunstrasen ist tatsächlich nicht höher als 10 Jahre. Die Vorteile von Naturrasen überwiegen mittlerweile die Nachteile. Die Fraktion SP/JUSO wünscht sich vom Gemeinderat, in Zukunft die Vergleiche vertiefter abzuklären und, wo immer möglich, Naturrasen vorzuziehen. Die Plastikmikroteilchen sind nicht ohne Folgen. Mittlerweile sind kleinste Plastikteile auch im menschlichen Körper nachweisbar. Diesem Problem ist hohe Bedeutung beizumessen. In Zukunft wünsche ich mir, dass nicht nur Zahlen verglichen werden, sondern mit gleicher Priorität auch ökologische Aspekte. Die Fraktion SP/JUSO wird dem vorliegenden Geschäft zähneknirschend zustimmen. Es braucht den Sportplatz.

Arnold Niels, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ wird dem vorliegenden Verpflichtungskredit ebenfalls zustimmen. Gemäss dem Fraunhofer Institut wird beim Abrieb von Kunstrasen in Deutschland immerhin sieben Mal mehr Mikroplastik produziert als in der oft kritisierten Kosmetikindustrie. Die Fraktion GLP+ stellte sich die Frage, was ein Naturrasen kosten würde. Inwieweit will der Gemeinderat in Zukunft das Aufkommen von Mikroplastik verhindern?

Epper Bettina, Fraktion Grüne: Die Fotos im Bericht des Gemeinderats zeigen deutlich, dass der Rasen ersetzt werden muss. Die Fraktion Grüne begrüsst, dass der neue Kunstrasen kein Granulat mehr enthält, das Mikroplastik in die Umwelt abgibt. Ein Naturrasen wäre noch umweltverträglicher. Die Fläche wird jedoch zu stark strapaziert. Wie lange wird der neue Kunstrasen halten? Der Alte ist nach zehn Jahren verbraucht. Der Fraktion Grüne geht es wie allen Anderen: Der Breitensport ist wichtig und deshalb werden wir den vorliegenden Verpflichtungskredit unterstützen.

Wiederkehr Martin, SP: Als ehemaliger Präsident der Sportkommission der Stadt Biel fühle ich mich als «Mitverbrecher». Vor über zehn Jahren hatten wir uns auf Kunstrasen geeinigt. Der Fussballbetrieb in der Stadt Biel nimmt stark zu. Entsprechend verfügen wir aber nicht über unbeschränkte freie Landflächen. Natürlich wäre mir der ökologisch sinnvollere Naturrasen lieber. Die Technik in diesem Bereich hat sich aber, wie vieles andere, weiterentwickelt. Es geht jedoch nicht nur um Finanzierung und Ökologie, sondern auch um die Benutzbarkeit. Wir brauchen genügend Sportplätze, die der starken Beanspruchung durch Training und Spiele standhalten. Im Moment ist deshalb der Kunstrasen an diesem Standort wahrscheinlich die beste Lösung. Naturrasen ist der intensiven Nutzung nicht im gleichen Ausmass gewachsen.

Grupp Christoph, Grüne: Ich will nicht als Lehrer auftreten, muss aber an dieser Stelle meine VorrednerInnen zum Thema Naturrasen berichten. Naturrasen gibt es nicht. Rasen ist immer künstlich, sei er aus Plastik oder gewachsen. Es wäre interessant, bei derartigen Projekten die beiden Beläge in einer Ökobilanz zu vergleichen. In einem Rasen aus gewachsenen Pflanzen halten sich keine Insekten oder Vögel auf, vielleicht überleben ein paar Würmer. Der Rasen muss intensiv gepflegt, gedüngt, gewässert und mit Maschinen geschnitten werden. Schlussendlich ist diese Variante nicht ökologischer als ein Kunstrasen. Bei einer Ökobilanz müssen aber alle Sachverhalte einbezogen werden, dabei ist der Plastikabrieb des Kunstrasens wahrscheinlich das Hauptproblem.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich danke für die gute Aufnahme des vorliegenden Geschäfts. Für die im voraus gestellten Fragen sind wir dankbar, somit bleibt genügend Zeit für technische Abklärungen. Die Diskussion zeigt, dass die Berichte des Gemeinderats künftig ausführlicher erläutert werden könnten. Viele Fragen wären damit bereits geklärt. Nun zur Beantwortung der noch offenen Punkte:

- Die Mieteinnahmen auf dem Sportplatz Champagne betragen CHF 40'000.
- Frau Clauss, Sie wünschen zukünftig eine Ökobilanz. Ich erinnere Sie daran, dass der Stadtrat an seiner Sitzung vom 19. September 2019 die dringliche überparteiliche Motion 20190126 «Streikende Jugendliche ernst nehmen! – Klimanotstand ausrufen» erheblich erklärt hat. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass er künftig die Klimaverträglichkeit von städtischen Vorhaben im Rahmen des zu definierenden Klimareglements beurteilt. Der neue Kunststoffrasen wird die Lebensdauer von maximal zehn Jahren aufgrund der intensiven Nutzung nicht überschreiten. Im vorliegenden Verpflichtungskredit ist der Ersatz der Beleuchtung und die Anschaffung der Maschine ebenfalls enthalten. Der Kunstrasen braucht weniger Unterhalt bei höheren Investitionskosten als Naturrasen. Wie Herr Grupp bereits erklärt hat, ist Naturrasen pflegeintensiv und benötigt täglichen Unterhalt. Ausserdem muss nach wie vor Chemie eingesetzt werden. Ohne diesen Einsatz würde eine Wiese entstehen, die zwar schön aber für den Spielbetrieb nicht

brauchbar wäre. Herr Wiederkehr hat die Gründe für einen Kunstrasen dargelegt. Tatsächlich ist der Platz damit das ganze Jahr über und öfters bespielbar. Ohne Regenerationszeit würde eine Fläche mit Naturrasen kaputt gehen. Ausserdem führen nicht bespielbare Flächen zu Nutzungskonflikten. Herr Bohnenblust hat ausgeführt, dass der Rasen sehr stark ausgelastet wird. Wir verfügen nicht über die notwendigen Freiflächen um den Fussballplatz zu verdoppeln.

- Die GPK und Herr Widmer stellten die Frage nach weiteren Sportplätzen mit Kunstrasen: Die Tissot-Arena verfügt über drei Spielfelder mit Granulat im Kunstrasen. Bis jetzt ist dort keine Verklumpung aufgetreten. Die Garantiefrist ist jedoch abgelaufen. Der Fussballplatz Linde enthält ebenfalls Granulat im Kunstrasen und ist in nächster Zeit zu erneuern. Bereits nach kurzer Zeit war der Kunstrasen dort verklumpt und das Granulat wurde noch als Garantieleistung ersetzt. Die Qualität des Granulats ist sehr unterschiedlich. Früher wurde dieses aus alten Pneus gewonnen und hat entsprechend gestunken. Später wurde das Pneugranulat mit einem Gummimantel eingefasst, was nicht viel besser war. Die städtischen Kunstrasenflächen enthalten kein Pneugranulat. Wir hoffen, dass der Kunstrasen in der Tissot-Arena noch länger nicht verklumpt.
- Herr Arnold, der neue Kunstrasen in der Anlage Champagne enthält kein Granulat mehr. Die kleinen Plastikteile geraten ausserhalb des Spielfeldes und gelangen dort in den Boden.

Der neue Kunstrasen ohne Granulat ist auch ein ökologischer Fortschritt. Im neuen Kunstrasen versickert das Wasser. Die neue Kunstrasenfläche ist also nicht versiegelt, sondern durchlässig wie Naturrasen. Der harte Untergrund des Kunstrasens, der an manchen Stellen ein Verletzungsrisiko darstellt, gibt es in Biel nicht, da jeweils eine Dämpfungsschicht eingebaut wurde. Laut einer Studie des Weltfussballverbandes FIFA gibt es auf Kunstrasen weniger Verletzungen als auf Naturrasen. Übrigens wurde der Einbau von Kunstrasen mit dem FC Azzurri abgesprochen. Mit dem neuen Kunstrasen ohne Granulat machen wir einen grossen Fortschritt zur Verhinderung von Mikroplastikteilen. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Les terrains de sport synthétiques sont nécessaires pour pouvoir les utiliser toute l'année. Vous vous souvenez probablement de l'état du terrain à Genève pour le match de l'équipe suisse, il y a quelques jours. Les terrains synthétiques peuvent également être mis à disposition d'autres équipes de la région. Le Conseil municipal trouve important que ce service soit rendu aux communes voisines. Ces terrains de sport synthétiques sont utiles même si les joueurs préfèrent pratiquer leur sport sur des terrains naturels.

Clauss Susanne, SP: Ich gebe die Zahlen vom Sportamt der Stadt Basel wieder. Sie gehen von Unterhaltskosten für künstlichen Rasen von CHF 116'000 pro Jahr aus. Bei Naturrasen berechnen sie CHF 105'000 pro Jahr. Mich erstaunen diese Unterschiede. Die Stadt Basel geht auch von einer Belastung des Naturrasens von 900 Stunden pro Jahr aus. Die Zunahme gegenüber früher ist damit massiv. Der Basler Experte spricht vom Kunstrasen als ökologische Sünde. Mir ist klar, dass der natürliche Rasen auf einem Fussballfeld keine Blumenwiese sein kann und Dünger benötigt.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 4. September 2019, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) **beschliesst**:

1. Für das Projekt «Erneuerung Kunstrasen Sportanlage Champagne» wird ein Verpflichtungskredit von CHF 956'000.00 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

189. Begründung der Dringlichkeit der Motion 20190373 Susanne Clauss, Fraktion SP/JUSO «Neue Einnahmequellen in der Höhe von mindestens einem Steuerzehntel»

Clauss Susanne, SP: Die Fraktion SP/JUSO ist nicht zufrieden mit dem Budget 2020. Wir beauftragen deshalb den Gemeinderat, nach neuen Einnahmequellen zu suchen, die über die üblichen Steuerzehntel-Ideen hinausgehen. Wir finden es wichtig, dass ein Konzept und eine Strategie erarbeitet wird. Dringlich ist der Vorstoss deshalb, weil die Vorschläge bereits in das Budget 2021 aufgenommen werden sollen.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

190. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20190374, Dana Augsburg-Brom, SP, Reto Gugger, BDP, Peter Heiniger, PdA «Welcome the Paradise!»

Augsburger-Brom Dana, SP: «Paradise» ist die Nachfolgerin der «Eisplanade». Die Dringlichkeit ist gegeben, da bald der November beginnt. Es ist bereits fünf vor zwölf für die Planung. Die Organisierenden sind auf das Know-how der Stadt angewiesen und zählen auf eventuelle Unterstützung und Beratung. Da die Nachfolge der «Eisplanade» nicht feststand, konnte der Vorstoss nicht früher eingereicht werden.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 19.45 Uhr - 21.00 Uhr.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es liegt ein Ordnungsantrag vor, der sofort behandelt werden muss.

191. Ordnungsantrag

Heiniger Peter, PdA: Mit meinem Ordnungsantrag beantrage ich, die Behandlung des dringlichen Postulats 20190173 «Die Weiterführung des X-Projektes muss sichergestellt werden!» vorzuziehen. An der nächsten Sitzung im November werden wir kaum Zeit für die Beratung finden. Der Vorstoss muss deshalb heute behandelt werden. Ich danke Ihnen für die Annahme des Ordnungsantrags.

Pittet Natasha, PRR: Dans ces conditions, il serait aussi logique d'avancer le traitement de l'interpellation interpartis urgente 20190174 «Jeunesse et culture ou hôtel au chemin de la Course 62?» qui traite du même thème et qui va ensemble.

Steinmann Alfred, SP: Ich bin mit diesem Ordnungsantrag nur einverstanden wenn diese Vorstösse nach denjenigen zu den Klimaschutzthemen behandelt werden. Diese sind schon länger hängig.

Augsburger-Brom Dana, SP: Die Vorstösse zum X-Project sind an Termine gebunden. Für den Umzug müssen die Fristen eingehalten werden.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir stimmen über den Ordnungsantrag von Herrn Heiniger ab, das dringliche Postulat 20190173 «Die Weiterführung des X-Project muss sichergestellt werden!» sofort zu behandeln.

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag von Herrn Heiniger

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Cadetg Leonhard, FDP: Bevor wir das dringliche Postulat «Die Weiterführung des X-Project muss sichergestellt werden!» behandeln, stimmen wir über den Antrag von Frau Pittet ab, die dringliche überparteiliche Interpellation 20190174 «Jugend und Kultur oder Hotel am Rennweg 62?» anschliessend zu behandeln.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Pittet

Der Antrag wird gutgeheissen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Der Antrag, die Vorstösse zu den Klimaschutzthemen vorzuziehen, wird zurückgezogen. Wir werden jetzt zuerst den Vorstoss 20190173 «Die Weiterführung des X-Project muss sichergestellt werden!» behandeln und anschliessend die überparteiliche Interpellation 20190174 «Jugend und Kultur oder Hotel am Rennweg 62?».

192. Dringliches Postulat 20190173, Peter Heiniger, PdA, «Die Weiterführung des X-Project muss sichergestellt werden!»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Heiniger Peter, PdA: Das X-Project ist für mich eine Herzensangelegenheit. Das X-Project bleibt, das ist schon mal positiv. Mein grosser Dank dafür geht an den Gemeinderat. Der Umzug des X-Projects an den Rennweg 62 ist mehr oder weniger in trockenen Tüchern. Mit dem Investor gibt es jedoch Probleme. Er plant einen Hotelbetrieb mit langfristigen Zimmernutzungen. Dies führt zur Frage nach der Vereinbarkeit mit dem X-Project. Können Sie sich einen Hotelbetrieb unter einem Dach mit dem X-Project vorstellen? Das wird kaum zu vereinbaren sein. Auch der Gemeinderat ist sich bewusst, dass dies kaum möglich ist. Er hat immer wieder die Bedeutung des X-Projects betont. Der Gemeinderat verweist auf dessen Wichtigkeit und seine grosse integrative Wirkung für die Stadt Biel. Mehrere NutzerInnen und SchlüsselträgerInnen des X-Projects wägen nun ab, ob sie unter den erwähnten Bedingungen den Umzug überhaupt durchführen wollen. Diese Situation bringt die Weiterführung des X-Projects in grosse Gefahr. Immerhin empfängt das X-Project ungefähr 400 Besuchende pro Woche. Diese Menschen geben ihrer Freizeit einen sinnvollen Rahmen. Versprochen wurde, dass der Nutzen am neuen Standort gleich bleiben würde wie bisher. Unter den aktuellen Begebenheiten, wie sie seitens Investor vorliegen, ist dies aber nicht möglich. Wie sieht eigentlich die Nachfolgelösung des jetzigen Standorts des X-Projects aus? Kann diese Frage nicht klar beantwortet werden, bedeutet dies wahrscheinlich, dass das X-Project am heutigen Ort bleiben kann. Statt einem neuen, schwer nachvollziehbaren Projekt im Rahmen von Public-Private Partnership (PPP) sollte mit Nachdruck nach einer guten Lösung für das X-Project gesucht werden. Das X-Projects ist einzigartig. Das X-Project gehört ebenso zu Biel wie die Coupole. **Ich beantrage, das vorliegende Postulat erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben.**

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Das X-Project soll an den Rennweg 62 umziehen. Der Stadtrat hat dies 2018 so beschlossen (20160066 «Rennweg 62 Einräumung Baurecht an Biel GBBL Nr. 7738 mit Verkauf der Gebäude an die Abiteq Seeland AG, Nidau und Verpflichtungskredit für die 10-jährige Miete von Flächen für die Abteilung Informatik und Logistik und den Verein X-Project»). Heute ist nicht mehr klar, was mit diesem Gebäude passiert. Damals wurde aber bereits ein klares Bekenntnis zum X-Project abgegeben, obwohl der neue Standort nicht ideal ist. Er befindet sich in unmittelbarer Nähe eines Wohnquartiers und ist mit dem öffentlichen Verkehr (ÖV) schlechter erschlossen als heute. Das Gebäude scheint jedoch ideale Voraussetzungen zu haben, um eine erfolgreiche Weiterführung des Projekts zu garantieren. Der Investor, der das Gebäude im Baurecht von der Stadt Biel/Bienne übernommen hat, bekundet anscheinend Schwierigkeiten, die restlichen Räumlichkeiten zu vermieten. Dass er nun auf die absurde Idee kommt, am gleichen Ort wie das X-Project ein Hotel oder «Long stay Apartments» einzurichten, macht mich beinahe fassungslos. Ruhesuchenden Gäste sollten neben einem Kulturzentrum untergebracht werden, das täglich Aktivitäten und Freiraum bietet, vor allem ab 18 Uhr bis nach Mitternacht.

Vielleicht wissen Sie, dass das X-Project wöchentlich von 400 Leuten regelmässig besucht wird. Dazu kommen jeweils 300 Leute, die im Besitz eines Schlüssels sind, weil sie regelmässig dort arbeiten. Es sind vorwiegend junge Menschen, die zumeist tagsüber einer Erwerbsarbeit nachgehen. Abends und nachts nehmen sie sich die Zeit, ihre Projekte in den verschiedenen Ateliers zu realisieren. Das dauert manchmal bis morgens um drei Uhr. Ich erinnere mich, dass ich als junge arbeitstätige Kunschtchaffende mit drei Kindern zuhause erst abends um 10 oder 11 Uhr bis 3 oder 4 Uhr an meinen Projekten gearbeitet habe. Es ist nicht immer möglich, abends ab 22 Uhr auf Zimmerlautstärke zu schalten. Dies ist nicht das Ziel des X-Projects. Es soll im Gegenteil Freiraum geboten werden. Letzte Woche besuchten anlässlich des Festivals «X é Bienne» Leute das X-Project. Wie soll das am Rennweg möglich sein, wenn von einem Hotelbetrieb Ruhezeiten eingefordert werden? Hier ist grosses Konfliktpotential vorhanden. Dass damit letztendlich das X-Project längerfristig gefährdet ist, scheint auf der Hand zu liegen. Die Stadt Biel/Bienne hat dem Investor zwar einen Brief geschrieben in dem sie ihn bittet, auf die speziellen Bedürfnisse des X-Projects Rücksicht zu nehmen. Um etwas zu erreichen ist dies wohl kaum ausreichend. Die Fraktion Grüne fordert vom Gemeinderat ein klares Bekenntnis zum X-Project. Der Investor soll eingeladen werden um mit Vertretern des X-Projects und der Stadt gemeinsam eine Lösung zu finden. Der Loco-Club wäre an der Miete der dortigen Räumlichkeiten interessiert und ist ebenfalls in die Gespräche miteinzubeziehen. Die Fraktion Grüne bittet Sie, das vorliegende Postulat erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Merci, Monsieur Heiniger pour votre postulat urgent concernant le X-Projet. C'est avec plaisir que je constate que ce projet vous tient à coeur. Je suis persuadé que le X-Projet pourra jouir pleinement du nouvel emplacement au chemin de la Course 62 et je m'en réjouis. Ce bâtiment est géré par un investisseur qui désire rentabiliser son investissement en se diversifiant. Je ne suis pas du tout persuadé qu'un hôtel à cette adresse soit la meilleure solution pour cet investisseur en terme de rentabilité, mais ceci n'est pas de notre ressort. Si malgré tout un hôtel devait s'y installer, il n'y aurait aucune raison pour que ce dernier soit gêné par le X-Projet. En effet, le X-Projet doit s'en tenir aux réglementations en vigueur, notamment en matière de nuisances sonores, non pas en raison de l'hôtel, mais parce qu'il se trouve dans un quartier tranquille et il y a beaucoup d'habitations. Je ne pense pas que l'on puisse y faire la «noce» toute la nuit. Pour moi, il est une fois de plus inutile et surtout superflu de toujours vouloir établir des règles et des interdictions. Ce qui est en place va pour tout le monde si les règles sont respectées par tout le monde. Le Groupe UDC/Les Confédérés est d'avis de suivre la proposition du Conseil municipal.

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Den vorliegenden Vorstoss hätten wir uns eigentlich sparen können. Damit sage ich nicht, dass der Vorstoss unnötig ist, im Gegenteil, er ist richtig und wichtig. Hingegen würden wir diese Diskussion heute nicht führen, wenn die Stadt im Juni 2018 das Gebäude nicht an eine private Investorin verkauft hätte. Hätten wir dies nicht getan, würden wir heute darüber bestimmen, wer dort einziehen darf. Nun steht die private Gewinnmaximierung im Zentrum und nicht der öffentliche Nutzen. Die Fraktion SP/JUSO hofft aber immer noch, dass dort kein Hotel gebaut wird. Ich stelle eine Frage an die Finanzdirektorin: Liegt eine Verhinderung dieses Hotels irgendwie in ihrer Macht? Wenn das möglich ist, fordert dies die Fraktion SP/JUSO. Nachdem schon beim «Chessu» ein Hotel gebaut werden soll und dies jetzt auch beim X-Project

vorgesehen ist, muss sich niemand wundern, wenn die alternative Kulturszene heftig reagiert. Das X-Project soll weiterhin ungehindert seine zentrale Rolle als Integrations-, Identifikations- und Kulturort für Jugendliche ausspielen können. Für uns von der Fraktion SP/JUSO ist klar, dass das X-Project eine jener Einrichtungen ist, welche die Stadt Biel zu dem machen, was sie ist: ein grossartiger und lebenswerter Ort.

Gugger Reto, BDP: Herr Meyer, wenn ich mich richtig erinnere, wurde das Gebäude am Rennweg nicht verkauft. Die Stadt Biel hat das Gebäude im Baurecht abgegeben. Im Baurechtsvertrag zum Verpflichtungskredit vom Juni 2018 steht, dass die Stadt Biel Räume für das X-Project längerfristig mietet. Gemäss Baurechtsvertrag wurde der Untermietvertrag mit dem X-Project gleichzeitig abgeschlossen. Das heisst, durch das Engagement der Stadt Biel bestehen gültige Mietverträge. Das X-Project hat sich verpflichtet, das Gebäude von der Stadt Biel zu mieten. Ich denke nicht, dass aus einem gültigen, langjährigen Mietvertrag einfach so ausgestiegen werden kann. Ich vermute, der Investor weiss, was das X-Project ist. Er hatte bereits im Baurechtsvertrag Kenntnis davon. Ich denke nicht, dass sich ein X-Project mit einem lange im voraus abgeschlossenen Vertrag von gestörten Hotelgästen hinausekeln lassen muss.

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Ich muss klarstellen, dass ich mit keinem Wort erwähnt habe, dass das Land verkauft wurde. Das Gebäude wurde verkauft und genau das ist das Problem.

Gugger Reto, BDP: Herr Meyer, Sie haben eine Verbindung gezogen zu einem anderen Vorstoss auf der Traktandenliste (Postulat 20190090, Mohamed Hamdaoui, CVP, «Verkauf städtischer Grundstücke: klare Regeln festlegen»). Ich finde es polemisch, den Verkauf eines Hauses mit dem Vorstoss zu Landverkauf in denselben Topf zu werfen.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich möchte richtigstellen, dass nie die Absicht bestand, das Gelände zu verkaufen. Ich war an der Informationsveranstaltung 2018 über die Abgabe im Baurecht. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde bereits damals der mögliche Interessenkonflikt angesprochen. Die Mietverträge sind jetzt abgeschlossen und die Stadt sollte nicht eine schlechte Vertragspartnerin abgeben. Die verschiedenen Nutzungszwecke können problematisch werden, aber, ob das vorliegende Postulat heute abgeschrieben wird oder nicht, ändert nichts an der Ausgangslage.

Augsburger-Brom Dana, SP: Das vorliegende Postulat darf noch nicht abgeschrieben werden, weil einige Punkte nicht geklärt sind. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass er den Investor schriftlich über mögliche Nutzungskonflikte informiert hat. Gibt es eine Antwort auf dieses Schreiben?

Steidle Silvia, directrice des finances: Il y a un peu d'émotion ce soir, c'est souvent une bonne chose car c'est un sentiment lié à l'amour porté au X-Projet. Il y a beaucoup de questions et de réflexions qui ont été amenées ce soir. Je vais vous donner des explications qui, j'espère, pourront calmer vos émotions et non pas votre amour. La première chose est que l'idée de l'hôtel est morte. Cette information a été discutée en séance de chantier avec l'investisseur.

Madame de Maddalena, la Ville de Bienne n'a pas uniquement écrit une lettre. Nous sommes locataire de ce bâtiment et je peux vous assurer que le Service logistique de

la Ville de Bienne va rester à cet endroit durant dix ans. J'ai participé moi-même à la dernière séance de chantier. La question des «long stay Appartements» sur toute la surface du 2^{ème} étage a été aussi discutée lors de ces séances. Ce genre d'appartements peut-il être utile? En effet, il n'y a pas que des personnes qui souhaitent de la tranquillité, mais aussi des artistes qui pourraient vouloir louer ce genre de locaux pour un certain temps. Nous avons discuté de la faisabilité de ce genre d'appartements, sans pour autant créer des problèmes à la Ville. Actuellement, les «long stay Appartements» ne sont pas à l'ordre du jour, car la Ville est en train de planifier et d'étudier si ce 2^{ème} étage pourrait lui être utile et pourrait donc étendre la location pour ce deuxième étage.

Pour ceux et celles qui sont allé(e)s visiter ces locaux, on peut dire que c'est un bijou qui va être construit. On ne parle pas de bijou au sens de la beauté uniquement, mais ces locaux vont permettre au X-Projet de réaliser ses activités de danse. J'ai comparé la salle de danse qui va être construite à celle que l'on peut voir dans les films américains. Lors de l'ouverture prévue en automne 2020, je pense que tout le monde aura du plaisir. Je souligne que la Ville n'a pas uniquement vendu un bâtiment, mais qu'elle s'engage en même temps à avoir une bonne solution pour tous les intervenants, y compris le Club alpin suisse qui construit sa propre halle de grimpe. L'investisseur est ouvert, j'ai senti beaucoup d'entente. On parle même d'un concept de «Graph» afin que le X-Projet garde son identité. Je tiens à souligner cela car en entendant Monsieur Meyer, on pourrait croire que l'investisseur est quelqu'un de fermé à tout. Il est très conscient de ce que signifie le X-Projet.

Madame Augsburger-Brom, vous avez encore posé la question du Loco-Club. Ce dernier a approché l'investisseur mais leur offre est en-dessous de toute attente par rapport aux prix de location pratiqués. Cependant, là encore, on ne va pas installer un club si d'autres possibilités ou de meilleures solutions pour l'ensemble du 2^{ème} étage s'avèrent être possible.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Wir haben soeben gehört, dass es um den 2. Stock geht. Die Stadt Biel hat ein Schulraumproblem. Wieso kann die Stadt nicht den ganzen 2. Stock mieten und dort ein Schulraum einrichten? Die Fläche ist gross. Irgendwelche Apartments oder anderweitige Klubs sind Nonsense! Das Postulat muss erheblich erklärt und nicht abgeschrieben werden.

Augsburger-Brom Dana, SP: Merci Madame la Directrice des finances pour vos réponses. Zu den Langzeit-Apartements liegt die definitive Antwort noch nicht vor, weitere Punkt sind nicht abschliessend geklärt, was zeigt, dass der Vorstoss noch nicht abgeschrieben werden sollte. Dies würde eine gewisse Sicherheit für die am X-Projekt beteiligten Personen schaffen. Schlussendlich stärkt die Nichtabschreibung des Vorstosses den Gemeinderat bei seinen Verhandlungen. Ausserdem wäre ein Schlussbericht zu diesem Thema begrüßenswert. Ich hoffe deshalb, dass der Vorstoss nicht abgeschrieben wird.

Tanner Anna, SP: Mir wäre am liebsten, wenn das Gebäude in der Hand der Stadt bleiben würde und keine Langzeit-Apartments geplant wären. Wenn diese aber tatsächlich umgesetzt werden, könnte eine vertragliche Regelung ausgehandelt werden, ähnlich wie bei der Coupole. Dort wurden Bestimmungen zur Einhaltung durch beide Parteien erlassen.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je peux vous confirmer que le Département Écoles&Sport a déjà visité ces locaux. Il a été décidé qu'il n'est pas réaliste d'installer une infrastructure scolaire dans ce bâtiment. Ma direction n'a donc pas attendu les bienveillants conseils du Groupe Einfach Libres! pour faire cette démarche.

Abstimmungen

- über den Antrag des Urhebenden, das Postulat erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag des Urhebenden, das Postulat nicht abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen. Das Postulat wird erheblich erklärt und nicht abgeschrieben.

193. Dringliche überparteiliche Interpellation 20190174, Max Wiher, GLP, Glenda Gonzalez, PSR, Daniela de Maddalena, Grüne, Natasha Pittet, PRR, Anna Tanner, SP, «Jugend und Kultur oder Hotel am Rennweg 62?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Die InterpellantInnen sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

de Maddalena Daniela, Grüne: Die Interpellantinnen sind von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

Gonzalez Glenda, PSR: Compte tenu des réponses apportées au précédent objet, je me déclare satisfaite de la réponse étant donné que l'objectif de l'hôtel est annulé.

Pittet Natasha, PRR: Je me déclare aussi satisfaite de la réponse.

Tanner Anna, SP: Ich würde es begrüßen, wenn die Stadt selber bauen würde und nicht einen Verkauf anstrebt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Sind die Interpellantinnen nun befriedigt oder nicht?

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Mehrheit der Interpellantinnen bestimmt das Ergebnis. Also in diesem Fall sind Zwei befriedigt, Eine nicht und die Vierte hat nichts dazu gesagt. Wenn die Wortmeldungen abgeschlossen sind, ist somit «befriedigt» zu protokollieren. In anderer Angelegenheit wurde diese Frage seinerzeit so entschieden. Dazu liegt ein externes Rechtsgutachten vor.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zum nächsten Traktandum liegt ein Rückweisungsantrag vor.

194. 20190179 Projekt Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates / Verpflichtungskredit

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Vorab, die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist nicht grundsätzlich gegen das vorliegende Geschäft. Leider bleiben aber einige Punkte unklar, welche vertieft abgeklärt werden müssen. Die Begründung für den Rückweisungsantrag haben Sie schriftlich erhalten. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen möchte wissen, wie die Fraktionen, respektive Parteien in die Überarbeitung der Geschäftsordnung des Stadtrates (GO SR; SGR 151.21) einbezogen werden. Wird eine weitere Kommission geschaffen oder werden die Kommission zur Revision der Stadtordnung (RSO) oder die GPK einbezogen? Wie wird das Stadtratsbüro (SRB) in die Arbeiten miteinbezogen? Wie kann das Ratssekretariat mithelfen? Welche Arbeiten werden durch den externen Experten geleistet? Der Projektverlauf ist nicht klar. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen will wissen, nach welchem Verfahren vorgegangen wird. Wird ein Ausschreibungs- oder Einladungsverfahren durchgeführt oder der Auftrag an den externen Experten direkt vergeben? **Ich beantrage, das vorliegende Geschäft zurückzuweisen** und genauer abzuklären.

Pittet Natasha, au nom de la Commission RSO: Je parle en partie pour le Groupe PRR mais aussi pour la Commission spéciale chargée d'accompagner la révision totale du Règlement de la Ville (RSO). La proposition de la Commission RSO, qui se trouve sur vos tables, demande justement d'intégrer la Commission de gestion (CDG) et la Commission RSO au processus d'élaboration des règlements. Cette proposition devrait être suivie et est suffisante afin de ne pas devoir renvoyer l'affaire. La Commission RSO estime que cette intégration suffit car tous les groupes sont représentés au sein de ces deux commissions. Il n'est donc pas nécessaire d'impliquer les parties d'une autre manière et l'affaire peut être traitée.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Auch die Fraktion Grüne lehnt den Rückweisungsantrag ab. Es liegt ein Antrag der RSO vor, der die Mitsprache der RSO und der GPK vorschlägt. Ich denke, die Art des Verfahrens für die Vergabe der Arbeiten des Rechtsexperten wird uns das SRB erläutern. Unklar ist nur der Projektverlauf. Im Bericht des SRB ist der Einbezug des Stadtrats schlecht dargestellt. Wenn das Geschäft heute Abend zurückgewiesen wird, geht es im Projekt nicht vorwärts. Die Unterstützung durch den externen Experten ist unbestritten und notwendig.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ hat das vorliegende Geschäft kontrovers diskutiert. Wir haben uns die gleichen Gedanken gemacht, wie die Fraktion SVP/Die Eidgenossen in ihrem Rückweisungsantrag. Aus Sicht der Fraktion GLP+ wurde das Projekt nicht sorgfältig geplant. Die Kommission RSO wurde erst an ihrer Sitzung von letzter Woche über den Projektablauf informiert. Der Ihnen vorliegende Änderungsantrag der Kommission RSO ist daraus entstanden. Es ist nicht klar, wer nun welche Arbeiten erledigt. Die Fraktion GLP+ ist der Ansicht, dass keinesfalls ein Mandat für sämtliche Arbeiten an einen externen Experten vergeben werden soll. Es braucht den demokratischen Einbezug des Parlaments und auch den Einbezug der vorhandenen Ressourcen. Daher stehen wir dem Rückweisungsantrag durchaus wohlwollend gegenüber. Kann das SRB in Aussicht stellen, dass der Verpflichtungskredit nicht ausgeschöpft wird, falls gewisse Aufgaben intern erfüllt

werden? Der Betrag von CHF 180'000 ist sehr hoch. Die Fraktion GLP+ ist der Meinung, dass der Verpflichtungskredit in dieser Höhe nicht benötigt wird.

Gugger Reto, SRB: Ich spreche als Vertreter des SRB. Ich finde den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen nachvollziehbar. Von aussen wirkt das Projekt möglicherweise nicht vollumfänglich klar. Ich versuche, die gestellten Fragen so zu beantworten, dass der Rückweisungsantrag hinfällig wird.

1. Das Vorgehen wird selbstverständlich in enger Zusammenarbeit mit den Fraktionspräsidien und der Kommission RSO besprochen. Ohne deren Mitwirkung wäre eine breit abgestützte Lösung gar nicht möglich. Letztendlich muss der Stadtrat seine neue Geschäftsordnung gutheissen.
2. Die Zuständigkeiten sind folgendermassen geregelt: Das SRB ist für den Prozess verantwortlich. Erfahrungen und Problemfälle aus der Vergangenheit werden besprochen und Lösungen gesucht. Das Ratssekretariat bringt praktische und organisatorische Hinweise ein. Der externe Experte wird schlussendlich damit betraut, die Rechte und Einflussnahmemöglichkeiten des Parlamentes zu gewährleisten. Diese Aufgabe verlangt ein breites Wissen über das Parlamentsrecht. Ausserhalb SRB und GPK ist vielleicht nicht bekannt, dass beispielsweise die Akteneinsicht heute sehr schwammig oder gar nicht geregelt ist. VertreterInnen des SRB und der GPK haben keine Möglichkeit Einsicht in die Akten zu verlangen, über die der Gemeinderat verfügt.
3. Die Arbeiten wurden als Direktvergabe vergeben. Experten mit der massgeblichen Sichtweise des Parlaments gibt es nicht sehr viele. Dennis Briechle freut sich sicher darüber, dass mit dem externen Experten ein Kostendach von CHF 140'000 vereinbart wurde. Aufgrund der aktuellen Personalsituation im Ratssekretariat können dort keine zusätzliche Arbeit übernommen werden.

Aus den oben genannten Gründen empfiehlt Ihnen das SRB, den Rückweisungsantrag abzulehnen und auf das Geschäft einzutreten.

Abstimmung

- über den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen

Der Antrag wird abgelehnt.

Gugger Reto, SRB: Wie weitere städtische Regelungen muss auch die Geschäftsordnung des Stadtrats (GO SR; SGR 151.21) im Zusammenhang mit der Revision der Stadtordnung (SO; SGR 101.1) angepasst werden. Damit sie rechtzeitig ihre Wirkung entfalten kann, müssen diese Arbeiten frühzeitig durchgeführt werden. Als Milizbehörde kann das SRB diesen Prozess nicht aus eigener Kraft bewältigen. Aus verschiedenen Optionen wurde schliesslich die punktuelle Beratung durch einen externen Experten ausgewählt. So sind die Rechte von uns Parlamentsmitgliedern gewahrt und die Einflussmöglichkeiten sichergestellt. Ausserdem liegen eine ganze Reihe von Vorstössen zu Änderungen der GO SR vor, die zu berücksichtigen sind. Die heutige Fassung der GO SR ist nicht mehr aktuell. Schliesslich soll die neue GO SR keine Bastelararbeit werden, sondern ein Werk, das den Stadtrat hieb- und stichfest über die nächsten Jahre begleitet. Mit dem externen Experten haben wir die dazu notwendige kompetente Unterstützung. Das SRB empfiehlt deshalb, den

Verpflichtungskredit von insgesamt CHF 200'000, wie in der Investitionsplanung ausgewiesen, zu genehmigen. Der Betrag muss keineswegs ausgeschöpft werden. Wie bereits gesagt, wurde mit dem externen Experten ein Kostendach von CHF 140'000 vereinbart.

Pittet Natasha, au nom de la Commission RSO: Je reviens pour proposer officiellement la modification que vous avez sur vos tables. Cette modification propose que la Commission RSO formée pour accompagner l'élaboration du nouveau Règlement de la Ville puisse étendre son cahier des charges, afin d'examiner les nouveaux règlements qui seront présentés au Conseil de ville. Il nous apparaît plus simple de continuer à utiliser les compétences que tous les membres de cette commission ont acquis ces trois dernières années. C'est pourquoi nous souhaitons que cela soit ajouté dans le projet d'arrêté. J'espère que les groupes vont approuver cette idée. Je tiens à préciser que la CDG doit tout de même être consultée sur ces règlements. En effet, la CDG doit pouvoir analyser tous les règlements et toutes les affaires qui lui sont présentées sur un plan organisationnel et formel, mais apolitique. C'est pour cette raison que les deux commissions sont mentionnées de manière séparée dans cette proposition d'amendement.

Leuenberger Bernhard, FDP: Ich denke, dass die Fraktion SVP/Die Eidgenossen die richtigen Fragen gestellt hat. Reto Gugger hat vorhin aber die Dringlichkeit des vorliegenden Projekts erwähnt. Bedenken Sie, dass im Zuge der RSO zahlreiche Reglemente und Verordnungen angepasst werden müssen. Diese Arbeiten müssen gewissenhaft erledigt werden. Der Beizug eines Spezialisten empfiehlt sich tatsächlich. Grundsätzlich unterstützt die Fraktion FDP den vorliegenden Verpflichtungskredit, jedoch mit ähnlichen Vorbehalten wie diejenigen der Fraktion SVP/Die Eidgenossen. Mit dem vorliegenden Änderungsantrag, die Kommission RSO in die Arbeiten einzubeziehen, wird die Mitwirkung des Stadtrats gewährleistet. Bref, ich empfehle Ihnen dem vorliegenden Verpflichtungskredit mit der erwähnten Ergänzung der Kommission RSO zuzustimmen.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich unterstütze den Antrag der Kommission RSO. Einziger Wermutstropfen bleibt, dass die Fraktion Einfach libres! in dieser Kommission nicht vertreten ist.

Bohnenblust Peter, FDP: Für den externen Experten werden CHF 180'000 freigegeben. Der Schwellenwert für eine freihändige Vergabe liegt bei CHF 150'000. Ich habe gehört, dass mit dem Experten ein Kostendach von CHF 140'000 vereinbart wurde. Ich gehe davon aus, dass im Laufe des längeren Prozesses dieses Projekts noch weitere Aufträge vergeben werden könnten. Habe ich das so richtig verstanden?

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich gehe nicht auf den Mitbericht des Gemeinderats zum vorliegenden Geschäft ein, dieser liegt Ihnen vor. Der Änderungsantrag der Kommission RSO funktioniert so, wie er jetzt formuliert ist, nicht. Eine gute Zusammenarbeit ist hilfreich, muss aber geregelt werden. Wird ein Mitberichtsverfahren verlangt oder soll echte Mitarbeit in Workshops geleistet werden? Frau Pittet, Sie haben vorhin auch die Reglemente des Gemeinderats erwähnt. Wenn Sie bei allen Reglementen mitwirken wollen, muss dies entsprechend geregelt werden. Falls Sie also auch bei Reglementen, bei denen der Gemeinderat federführend ist, miteinbezogen werden wollen, schlage ich folgenden Wortlaut vor: «... *Ihr Pflichtenheft*

wird in Absprache mit dem Gemeinderat entsprechend erweitert». Wenn der Stadtrat Reglemente in seiner Kompetenz revidiert, die die Arbeit des Gemeinderats massgeblich beeinflussen, wie zum Beispiel die GO SR, gehe ich davon aus, dass der Gemeinderat ebenfalls dazu Stellung nehmen kann. Sie möchten bei den Regelungen des Gemeinderats miteinbezogen werden, umgekehrt möchte dies der Gemeinderat auch, wenn es um seine Rechte oder Instrumente im Stadtrat geht.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wünscht die Sprecherin für die Kommission RSO das Wort zu dieser Änderung des vorliegenden Antrags?

Pittet Natasha, au nom de la Commission RSO: Si cette proposition est acceptée, il n'est pas nécessaire de discuter avec le Conseil municipal de comment la Commission RSO est engagée dans les projets. Donc, à mon avis il faudrait le préciser.

Scheuss Urs, Grüne: Dieser Einwand wurde in der Kommission RSO so nicht diskutiert. Für die Anpassung der Reglemente entsprechend der neu formulierten Stadtordnung sollte der Stadtrat hinzugezogen werden. Die Diskussionen der Kommission RSO sollten in die neuen Reglemente einfliessen. Dieses Vorgehen ist ein bisschen schwieriger aber notwendig. Es versteht sich von selbst, dass das SRB gemeinsam mit dem Gemeinderat die Arbeiten koordiniert.

Suter Daniel, PRR: On se rend compte que c'est une belle aventure dans laquelle nous sommes engagés. Je suis persuadé qu'en faisant preuve de bonne volonté, de collaboration et même, parfois, d'une forme de générosité et de bienveillance, nous pouvons y arriver. Je ne suis pas encore moi-même directement impliqué dans les travaux, mais le problème qui a été posé par Monsieur Fehr est que, dans le cadre du Règlement du Conseil de ville, c'est le Bureau du Conseil de ville qui est «Federführer». Je crois que pour tous les autres règlements qui doivent être révisés après celui de la Ville, la «Federführung» revient au Conseil municipal, sauf exception où le Bureau du Conseil de ville pourrait l'être. L'actuel règlement prévoit que le Bureau du Conseil de ville est obligé d'informer le Conseil municipal et de collaborer. De ce côté-là, l'implication et l'information du Conseil municipal sont déjà prévues et cela devrait fonctionner. Pour tous les autres règlements où la charge de décision revient au Conseil municipal, il me semble effectivement utile que la Commission RSO, qui est aujourd'hui compétente, soit aussi consultée et impliquée.

Bohnenblust Peter, FDP: Wenn ich das richtig verstanden habe, handelt es sich hier um ein Missverständnis. Der Stadtpräsident will mitreden. Er soll erklären, was er unter «Absprache» versteht, der Ausdruck «Rücksprache» wäre mir lieber. Das Pflichtenheft regelt die Zusammenarbeit und wer jeweils federführend ist.

Suter Daniel, PRR: J'ai oublié l'argument que je voulais apporter lors de ma dernière prise de parole. Il s'agit de la question des finances, qui me préoccupe. Selon le principe de l'unité de la matière, chaque crédit d'engagement qui concerne un thème est obligatoirement lié à d'autres activités et doit être apporté comme une unité. Le Conseil de ville a accordé un crédit d'engagement de 340'000 fr. pour l'élaboration de la révision du Règlement de la Ville. Cette révision implique forcément celle d'autres règlements. Je pars de l'idée que les 200'000 fr. que le Conseil de ville est appelé à accorder aujourd'hui tombent sous le principe de l'unité de la matière dans le cadre des révisions de règlements.

L'autre question est de savoir si les révisions d'autres règlements entraîneront d'autres demandes de crédits. Dans ce cas-là, je préférerais renvoyer cette affaire et revenir avec une demande de crédit global pour toutes les expertises qui seraient encore nécessaires. Toutefois, vous l'avez aussi compris par d'autres interventions que j'ai faites à cette tribune, que je souhaiterais déléguer à l'externe uniquement le travail qui ne peut pas être réalisé à l'interne.

Fehr Erich, Stadtpräsident: An sich bezieht sich die Absprache darauf, dass die Zusammenarbeit geregelt werden muss. Bei den Pflichtenheften von Spezialkommissionen wird jeweils beschrieben mit welchen Vorlaufzeiten zusammengearbeitet wird. Ich möchte nicht eine grosse Debatte zur Einheit der Materie führen, weise aber auf das Folgende hin: Es gibt Reglemente, die infolge der RSO revidiert werden können, aber nicht müssen. Mit Eigenleistungen können diese Arbeiten innerhalb des normalen Budgets geleistet und für einzelne Projekte Verpflichtungskredite eingeholt werden.

Gugger Reto, SRB: Ich spreche für das SRB. Dem Vorschlag des Stadtpräsidenten zum vorliegenden Änderungsantrag ist nichts entgegenzusetzen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zuerst wird über den vorliegenden Änderungsantrag mit der Ergänzung des Gemeinderats abgestimmt und anschliessend über den Beschlussesentwurf. Ich sehe die Kommission RSO ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Abstimmung

- über den Vorschlag des Gemeinderats, den Antrag der RSO betreffend Mitsprache bei der Ausarbeitung der Reglemente zu ergänzen

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Stadtratsbüros vom 16. September 2019 betreffend Projekt «Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates / Verpflichtungskredit», gestützt auf Art. 32 Abs. 3 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) sowie Art. 5 Bst. c der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996:

1. Der Stadtrat beschliesst das Projekt «Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates» sowie die Überarbeitung der Bestimmungen und Erlasse in Stadtratskompetenz in Angriff zu nehmen mit dem Ziel, diese gleichzeitig mit der totalrevidierten Stadtordnung voraussichtlich auf den Beginn der Legislaturperiode 2021–2024 in Kraft zu setzen.
2. Die Spezialkommission RSO zur Begleitung der «Totalrevision der Stadtordnung» und die GPK werden während der Ausarbeitung der Geschäftsordnung des Stadtrates, sowie jedes weiteren in Anbetracht oder im Anschluss an die neue Stadtordnung geänderten oder neu erstellten Reglements (siehe Liste in der Beantwortung des Postulats 20190083) regelmässig konsultiert. Die

Spezialkommission RSO dient diesbezüglich als Spezialkommission. Ihr Pflichtenheft wird – für Reglemente, die der Gemeinderat erstellt in Absprache mit dem Gemeinderat – entsprechend erweitert.

3. Der Stadtrat beschliesst für das Projekt «Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates» einen Verpflichtungskredit Nr. 18000.0003 in der Höhe von CHF 200'000.00 (gemäss Investitionsplanung 2020 - 2029).
4. Er beauftragt das Stadtratsbüro mit dem Vollzug des Projekts gemäss den Vorgaben in diesem Bericht. Projektänderungen, welche den Gesamtcharakter des Projekts nicht wesentlich verändern, gelten als genehmigt.

195. Überparteiliche Motion 20190013, Levin Koller, JUSO, Myriam Roth, Grüne, Julien Stocker, GLP, Miro Meyer, JUSO, Muriel Günther, SP, Anna Tanner, SP, Lena Frank, Grüne, «Mit einem Klimareglement das Pariser Klimaabkommen in der Stadt Biel umsetzen»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, die Punkte 1, 4, 5 und 6 erheblich zu erklären und die Punkte 2, 3 und 7 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Roth Myriam, Les Verts: On parle toujours et encore de protection du climat car ce sujet est toujours aussi important. D'ailleurs, vous êtes certainement informés que le weekend passé, la population a montré qu'elle se préoccupe du climat. Au niveau communal, il est tout à fait possible de prendre des mesures efficaces en matière de protection du climat. Plusieurs domaines entrent en compte et un règlement sur le climat donne la bonne direction. Le Conseil de ville peut avoir un impact et revoir la manière de faire dans plusieurs domaines, dont celui de la gestion de la Ville, afin de tendre à plus de durabilité. Chaque changement de fonctionnement ou modification du système est important. Les Suisses font partie des populations qui se situent bien loin d'une consommation de CO₂ compatible avec les limites planétaires. Il est plus que temps d'y remédier à tous les niveaux, et même dans les villes. Un Suisse consomme environ 14 tonnes de CO₂ par an. La limite viable se situe à 0.6 tonnes. Les mentalités changent et évoluent, heureusement!

En tant que co-présidente de l'Association suisse pour la protection du climat, je suis très fière de vous rappeler que l'initiative pour les glaciers a atteint plus de 120'000 signatures, récoltées en seulement quatre mois. Il est vraiment temps que la Ville de Bienne s'engage elle aussi en faveur du climat, car chaque action locale a un impact global. Nous pouvons montrer l'exemple, même à petite échelle. Pour toutes ces raisons, les Verts vous demandent de suivre la proposition des motionnaires en adoptant la motion pour **tous les points**.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zur Klarstellung, die MotionärInnen wollen den Vorstoss in alle Punkten als Motion erheblich erklären.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je tiens tout d'abord à féliciter les Verts et les Verts libéraux pour les bons résultats obtenus ce weekend et

aussi les médias. Cependant, cela ne justifie pas tout. Voter un Règlement sur le climat, comme le Conseil de ville s'apprête à le faire, est une réaction exagérée et précipitée. Il y a une semaine, le Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat (GIEC) pointait une nouvelle fois d'un doigt accusateur l'homme et le CO₂ comme principaux coupables du réchauffement climatique. Un éminent expert des avalanches, spécialiste mondialement reconnu, dont le nom est Werner Munter, disait que tout ce qui était annoncé était vraisemblablement faux. Cet homme a un avis partagé par d'autres éminents experts, dont deux prix Nobel, tout de même! Pourquoi n'est-il pas d'accord avec ce qui est dit dans les médias de manière générale? Il ne conteste pas le réchauffement climatique, car il le constate chaque jour dans la montagne. Il remet en question les causes de ce réchauffement. Elles n'ont rien à voir avec l'homme ou le CO₂, comme on nous le rabâche. Les trois raisons suivantes lui ont permis d'en arriver à cette conclusion:

- L'analyse des données climatiques reconstituées sur des millions d'années montre que cinq pics de températures comparables à ce que nous vivons aujourd'hui ont été constaté uniquement dans les 10'000 dernières années.
- La concentration de CO₂, qui est, soit dit en passant, un gaz vital et non pas un poison dans l'atmosphère, est négligeable. Il y en a un peu moins de 0.5/1000 et au maximum 5% de cette quantité est imputable à l'homme.
- La thermodynamique est aussi un argument de certains experts. Pour faire simple, il fait 15°C en moyenne sur la Terre. L'atmosphère est environ à -30°C à 10km d'altitude. Il est donc aberrant de dire qu'elle réchauffe la Terre, qui est plus chaude qu'elle. La thermodynamique dit que la chaleur va toujours vers le froid et jamais en sens inverse.

Il s'agit d'études uniquement et d'avis contraires d'experts. Aujourd'hui, personne n'a un réel recul sur cela. Il est donc inutile de voter un règlement à la hâte. Tout cela pour dire que la thèse officielle relève plus d'une manipulation intellectuelle que d'autre chose. Parler de CO₂ en tonne plutôt qu'en proportion est voulu et choisi.

Pour revenir sur le règlement proprement dit, le Groupe UDC/Les Confédérés tient à vous rappeler que la Suisse a déjà ratifié en octobre 2017 l'accord de Paris sur le climat. Il s'avère donc inutile de créer un doublon de cet objet dans un règlement, comme le demande le point 1 de la motion.

Nous rejoignons également l'avis du Conseil municipal concernant le point 2 de cette motion au sujet du principe de compensation mais allons par contre plus loin en demandant le rejet de ce point. De plus, comme l'indique à juste titre le Conseil municipal, les gaz à effet de serre ont sérieusement diminué à Bienne, ceci notamment grâce à l'adhésion de la Ville à diverses entités sensibles à la question du climat. La Ville de Bienne s'implique déjà fortement en terme de protection du climat aujourd'hui, ce qui démontre que les points 4 à 6 de la motion ne sont ni justifiés, ni justifiables.

Le point 3 relève des compétences des instances supérieures et non de la Ville de Bienne. De ce fait et en toute logique, le Groupe UDC/Les Confédérés rejette également ce point de la motion.

Le dernier point de la motion parle d'acceptabilité sociale. Ceci est très intéressant et nous en tirons la conclusion suivante: si le Conseil de ville adopte cette motion totalement ou en partie, en intégrant un Règlement sur le climat au sein du futur

Règlement de la Ville, il va devoir ajouter ou augmenter des taxes et restreindre certaines libertés individuelles des citoyens et citoyennes. Le budget des familles biennoises, déjà bien difficile à boucler en fin de mois, se verra encore plus alourdi et conduira à des situations difficiles pour la population.

Pour conclure, je rappelle que ce n'est pas dans une réglementation amenant encore plus de contraintes que nous allons régler la question climatique, mais bien en agissant de manière responsable et individuelle par des actes simples, moyennement contraignants au quotidien. La responsabilisation, la volonté, le sens du devoir, plutôt que des taxes, une réglementation à outrance et une oppression à peine masquée. Le Groupe UDC/Les Confédérés invite donc, sans surprise, à rejeter tous les points de cette motion.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich fordere Sie auf, nicht längstens bekannte Fakten zu widerlegen. Jetzt ist nicht der Zeitpunkt eine Klimadebatte zu führen!

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Der menschengemachte Klimawandel ist wissenschaftlich belegt. Darüber möchte ich nicht mehr diskutieren denn wir sind schon einen Schritt weiter. An der Stadtratssitzung im Juni 2019 wurde der Klimanotstand ausgerufen (Motion 20190126 «Streikende Jugendliche ernst nehmen! – Klimanotstand ausrufen»). Jetzt geht es um die Ausarbeitung des Klimareglements. Die Fraktion Grüne unterstützt den vorliegenden Vorstoss. Wie die Mitmotionärin vorhin gesagt hat, sind auch die Punkte 2, 3 und 7 als Motion erheblich zu erklären. In der Beantwortung des Gemeinderats steht, dass sich die Stadt Biel an den klimapolitischen Zielen der Schweiz ausrichten soll. Im Moment sind diese Ziele noch nicht kompatibel mit der Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad des Pariser Klimaübereinkommens. Die Beratungen zum revidierten CO₂-Gesetz (SR 641.71) sind noch nicht abgeschlossen. Ich hatte den Eindruck, dass der Gemeinderat vorschlägt, die Punkte des Vorstosses, für die er noch keine Idee zur Umsetzung hat, einfach in ein Postulat umzuwandeln. Es gibt durchaus Ansätze, dass diese Punkte auch umgesetzt werden können. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass Kompensationen nur auf Gemeindegebiet vorgenommen werden sollten. Das Waldgesetz beispielsweise sieht vor, Wald zu roden und an einem anderen Ort wieder aufzuforsten. Grundsätzlich gibt es auch Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die indirekten Emissionen, die vor allem mit dem Konsum zusammenhängen. Oft wird eingeworfen, dass die Schweiz beim CO₂-Ausstoss vorbildlich sei. Der durch die Schweiz verursachte CO₂-Ausstoss ist im Ausland doppelt so hoch wie im Inland, vor allem für Güter, die nicht in der Schweiz hergestellt werden. Der lokale Konsum wäre, wo immer möglich, stärker zu fördern. Die soziale Verträglichkeit könnte mit der Vergünstigung auf ÖV-Tickets unterstützt werden. Gerade diejenigen mit kleinen Einkommen haben meistens kein Auto und sind auf den ÖV angewiesen. Der gemeinnützige Wohnungsbau ist oft ein ökologischer Wohnungsbau. Ausserdem rege ich an, die Klimajugend in die Entwicklung des Klimareglements miteinzubeziehen.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP widersetzt sich dem Antrag des Gemeinderats nicht. Die Fraktion FDP ist mit ihrer liberalen Haltung eigentlich gegen neue Reglemente. In diesem Fall sind wir aber für ein weiteres Reglement, weil es etwas zur Lösung des Klimawandels beitragen könnte. Die Rahmenbedingungen müssen jedoch sinnvoll, sozial verträglich und ausserdem finanzierbar sein. Wichtig ist aber auch, konsequent zu bleiben und die Punkte 2, 3 und 7 als Postulat erheblich zu

erklären. Es gilt von der Betroffenheit wegzukommen und die rechtlich möglichen Punkte umzusetzen. Die Fraktion FDP ist überzeugt, dass der Gemeinderat ausreichend dargelegt hat, warum er die Punkte 2, 3 und 7 in ein Postulat umwandeln will. Letztendlich fehlen die Kompetenzen um diese Punkte umzusetzen. Ich erinnere daran, dass der Stadtrat den Gemeinderat bei der Ausrufung des Klimanotstandes einhellig unterstützt hat. Wenn Sie einigermaßen konsequent sind, folgen Sie jetzt dem linken Gemeinderat. Ich würde es begrüßen, wenn die MotionärInnen hier Einsicht zeigen und nicht eine sture Haltung an den Tag legen.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO wird alle Punkte des vorliegenden Vorstosses als Motion erheblich erklären. Das Klimareglement ist der richtige Weg, um Biel in eine nachhaltige Zukunft zu führen. Die Stadt Biel muss früher oder später klimaneutral werden. Um die globale Erwärmung zu beschränken und den jungen Menschen eine Zukunft zu ermöglichen, braucht es eine goldene Regel: Die Treibhausemissionen müssen auf netto Null reduziert werden! Praktisch alle Staaten der Welt stehen mit dem Pariser Übereinkommen zu diesem Ziel. Wir alle, insbesondere wir als PolitikerInnen dieser Stadt, stehen in der Verantwortung, dieses Ziel zu erreichen und das Pariser Abkommen auch in Biel umzusetzen. Nach den Klimaprotesten im Frühling 2019 haben sich auch die Mitglieder der BDP, der FDP und nun sogar der Bundesrat für die Klimaneutralität bis 2050 ausgesprochen. Die Forderung der vorliegenden Motion, bis 2050 klimaneutral zu werden, ist deshalb alles andere als radikal. Mittlerweile ist diese Forderung politischer Mainstream. Die SP und JUSO hingegen sind offen für weitergehende Ziele und haben sich in einer Resolution für das Ziel netto Null bis 2030 ausgesprochen. Darum geht es heute jedoch nicht. Jetzt wird über den Zeithorizont des Pariser Klimaabkommens, nämlich 2050, diskutiert. Die Fraktion SP/JUSO ist erfreut über die Antwort des Gemeinderats. Jedoch bestehen Differenzen zu den Punkten 2, 3 und 7, die umstrittenen sind:

- Punkt 2 verlangt die Beschränkung des Kompensationsanteils auf 2%. Der Gemeinderat möchte gar keine Kompensation, wenn ich seine Ausführungen richtig verstanden habe. Diese Haltung ist erfreulich. Allerdings sprechen die Argumente des Gemeinderats nicht dagegen, Punkt 2 als Motion erheblich zu erklären. Im Gegenteil, die Urhebenden gehen sogar weniger weit als der Gemeinderat in seiner Antwort. Die Fraktion SP/JUSO findet es wichtig, dass die Ziele durch CO₂-Reduktion und nicht durch den Kauf ominöser Klimazertifikate erreicht werden. Deshalb sollte der Kompensationsanteil klar begrenzt und festgeschrieben werden. Wenn am Ende gar nichts kompensiert wird, umso besser.
- Bei Punkt 3 argumentiert der Gemeinderat in seiner Antwort, dass die Quantifizierung von indirekten Emissionen schwierig ist. Als Umweltwissenschaftler kann ich das bestätigen. Darum geht es aber nicht. Vielmehr verfolgt dieser Punkt das Ziel, dass die Stadt die CO₂-Emissionen tatsächlich reduziert und nicht nur auslagert. In Biel auf Klimalösungen zu setzen, die den CO₂-Ausstoss vor Ort reduzieren, ihn aber andernorts erhöhen, bringt nichts. Wir brauchen Lösungen zur Reduktion auf globaler Ebene. Deshalb muss Punkt 3 zwingend in das Klimareglement aufgenommen werden.
- In Punkt 7 geht es um die soziale Verträglichkeit. Wenn wir etwas über klimapolitische Massnahmen gelernt haben, dann, dass unsoziale Klimapolitik auf Kosten der Bevölkerung mit Umverteilung von unten nach oben nicht funktioniert. Die Politik des französischen Präsidenten Macron ist das perfekte Beispiel dafür, wie Klimapolitik nicht betrieben werden sollte. Klimapolitik ist entweder sozial verträglich oder sie funktioniert nicht. Die Fraktion SP/JUSO steht für eine gerechte, sozial

verträgliche und funktionierende Klimapolitik und wird auch diesen Punkt als Motion erheblich erklären.

Im Namen der Fraktion SP/JUSO bitte ich Sie, für die Jugend und die künftigen Generationen den vorliegenden Vorstoss in allen Punkten als Motion erheblich zu erklären.

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Le mois dernier, le Conseil de ville a voté l'urgence climatique et nous en avons peut-être vu les premières conséquences dimanche dernier, avec les résultats des élections. Il s'agit maintenant de prendre des mesures concrètes, que nous n'avons pas prises il y a un mois. Le climat est un sujet essentiel à notre époque. Sans pouvoir identifier avec certitude toutes les causes des changements que nous constatons, il nous importe à toutes et tous d'oeuvrer pour l'utilisation parcimonieuse de nos ressources, la dépollution de l'air, des sols et des eaux et l'élaboration de nouvelles solutions énergétiques pour les générations futures.

Pour l'essentiel, la motion qui nous occupe ce soir demande à la Ville de Bienne d'élaborer un Règlement sur le climat fixant des objectifs communaux en la matière, pour appliquer l'Accord de Paris. Comme le Conseil municipal l'explique en détail dans sa réponse, Bienne vise déjà des objectifs ambitieux dans ce domaine, par exemple pour obtenir le Label «Cité de l'énergie Gold» d'ici à 2020. La Ville a d'ailleurs déjà diminué ses émissions de gaz à effet de serre de 18% en sept ans, ce qui est fort louable. Le Conseil municipal propose cependant d'élaborer un règlement en la matière qui mentionne nommément l'Accord de Paris, étant donné que la Suisse l'a ratifié et qu'il est donc contraignant dans toute la Suisse, y compris à Bienne.

Ce règlement devra aussi, selon les points 4 et 5 de la motion, contenir des objectifs intermédiaires, des mesures et des contrôles réguliers. Le Groupe PRR salue ces rapports qui devront être rendus au Conseil de ville. Ceci nous permettra de voir ce qui résulte du règlement. Le Groupe PRR soutient la proposition d'élaborer un Règlement sur le climat et il attend du Conseil municipal qu'il soumette au Conseil de ville un projet libéral, novateur et soutenable pour la population.

Le point 6 de la motion, qui demande à la Ville de Bienne d'exercer son influence au niveau fédéral et cantonal afin de soutenir sa politique climatique, est certes louable et nous le soutenons. Malheureusement, à l'heure actuelle, sans représentation du Conseil municipal au Grand-Conseil ou aux Chambres fédérales (vu l'interdiction des doubles mandats), nous devons nous satisfaire du soutien à bien plaisir des représentant(e)s biennois(es) dans ces cénacles, que la Ville ne contrôle pas du tout.

La motion contient les points 2, 3 et 7 qui ne relèvent pas de la compétence de notre Ville et ne peuvent pas être effectués sur son seul territoire, voire sont même techniquement impossibles à mettre en oeuvre. Le Conseil municipal nous propose néanmoins de les accepter sous forme de postulat. Le Groupe PRR suit l'Exécutif à cet égard, tout en demandant que les rapports en la matière, en réponse à ce postulat, se bornent à examiner les réponses qui sont de la compétence de la Ville et ne procède pas à de longues et coûteuses études, qui sont du ressort du Canton, de la Confédération ou même d'accords internationaux. Le Groupe PRR vous demande donc de suivre la proposition du Conseil municipal.

Stocker Julien, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ unterstützt den Grundgedanken der vorliegenden Motion. Die Klimapolitik ist ein Kernthema der Grünliberalen. Wir setzen uns auch auf nationaler und kantonaler Ebene für das Klima ein. Die Fraktion GLP+ ist überzeugt, dass ökologische Nachhaltigkeit sich auch ökonomisch auszahlt. Mehrheitlich wird die Fraktion GLP+ die Motion erheblich erklären. Einzelne Mitglieder haben jedoch Bedenken bei gewissen Punkten des Vorstosses. Ich fordere meine MitmotionärInnen auf, die Punkte 2, 3 und 7 wie vom Gemeinderat vorgeschlagen in ein Postulat umzuwandeln, damit die Umsetzbarkeit genauer geprüft werden kann.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Die grosse Mehrheit im Stadtrat wünscht ein städtisches Klimareglement. Es ist wichtig, dass das Parlament einen Rahmen setzt. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass auf jeder Staatsebene etwas zum Klimaschutz und zu den Klimazielen beigetragen werden kann. Wie wir wohnen, uns im Verkehr und in der Freizeit verhalten hat alles einen sehr grossen Einfluss auf klimarelevante Faktoren. Der Bund hat andere Kompetenzen und Hebel, wie beispielsweise mit dem neuen CO₂-Gesetz, ebenso wie der Kanton, der per Verfassung beauftragt ist, sich für Umweltmassnahmen beispielsweise im Gebäudebereich zu engagieren. Die Gemeinden wiederum können in ihrem Bereich sehr viel machen. Die Stadt Biel ist bereits sehr aktiv und geht voraus, was von ausserhalb bestätigt wird und worauf wir stolz sein können. Der Gemeinderat will diesen Weg noch konsequenter weiterverfolgen. Zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaübereinkommens sind grosse Anstrengungen notwendig. Der Erlass eines Klimareglements genügt nicht, es müssen konkrete Taten folgen. Das Reglement definiert den Rahmen und die Ziele. Zur Umsetzung einzelner Projekte sind Investitionen erforderlich, ohne die das Ziel, die Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, nicht erreicht werden kann. Nichts zu unternehmen, kostet aber auch etwas. Die Investitionen in das Klima stärken die Wirtschaft vor Ort. So investiert beispielsweise der Energie Service Biel (ESB) momentan stark in erneuerbare Wärme. Eine weitere Palette an Massnahmen, wie zum Beispiel im Verkehr, müssen folgen. Der Gemeinderat setzt sich mit seiner Strategie 2030 auch zum Ziel, die Ergebnisse der vom Bund ratifizierten Übereinkommens von Paris zu erreichen. Der Gemeinderat ist deshalb grundsätzlich damit einverstanden ein Klimareglement zu erarbeiten. Der Gemeinderat ist auch dabei einen Aktionsplan zum Klima für die Stadt Biel zu erarbeiten. Dabei geht es vor allem darum, den Handlungsspielraum zu ermitteln und herauszufinden, wie mit möglichst geringen Mitteln ein möglichst grosser Effekt erreicht werden kann.

Der Gemeinderat schlägt vor, die Punkte 2, 3 und 7 der vorliegenden Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wenn diese Punkte jetzt als Motion erheblich erklärt werden, sind diese damit als Ziele festgelegt. Der Gemeinderat ist aber der Auffassung, dass diese Punkte nicht oder nur sehr bedingt in seiner Zuständigkeit liegen. Ein Postulat für die Punkte 2, 3 und 7 erlaubt es dem Gemeinderat hingegen, diese im Hinblick auf das neue Klimareglement vertieft zu prüfen. Mit dem Klimareglement soll ein Handlungsinstrument in der Kompetenz der Stadt Biel geschaffen werden. Der Gemeinderat empfiehlt, die Punkte 1, 4, 5 und 6 des vorliegenden Vorstosses als Motion erheblich zu erklären und die Punkte 2, 3 und 7 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die MotionärInnen halten an der Erheblicherklärung aller Punkte als Motion fest.

Meyer Miro, JUSO: Ich fasse mich kurz. Die Punkte 2 und 3 sind wichtige Pfeiler im Klimareglement. Es geht um die Forderung nach netto Null-Emissionen bis 2050. Die GLP setzt das Ziel netto Null-Emissionen bis 2040. Ich verstehe nicht, wie Sie jetzt der Umwandlung der Punkte 2, 3 und 7 in ein Postulat zustimmen können.

Stocker Julien, GLP: Es geht nicht um Punkt 2, sondern um die Punkte 3 und 7.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Der Stadtrat stimmt jetzt einzeln über die Punkte des vorliegenden Vorstosses ab.

Abstimmung

- über den Antrag der Urhebenden die Punkte 1 - 7 des Vorstosses als Motion erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen. Alle Punkte des Vorstosses werden als Motion erheblich erklärt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Der Stadtrat hat seine Arbeit für heute erledigt. Ich wünsche Ihnen eine gute Nachtruhe.

196. Neueingänge

20190373	Dringliche Motion Susanne Clauss, Fraktion SP/JUSO	FID
	Neue Einnahmequellen in der Höhe von mindestens einem Steuerzehntel	PRA DSS
	Nouvelles sources de revenus à hauteur d'un dixième de quotité d'impôt au minimum	BKS BEU STK
20190374	Dringliches überparteiliches Postulat Dana Augsburger-Brom, SP, Reto Gugger, BDP, Peter Heiniger, PdA	PRA
	Welcome the Paradise!	FID
	Bienvenue au Paradise !	DSS BKS BEU STK
20190375	Überparteiliche Motion Ruth Tennenbaum, Passerelle, Dennis Briechle, GLP, Patrick Widmer, SVP, Anna Tanner, SP, Thomas Brunner, EVP, Christoph Grupp, Grüne, Maurice Rebetez, PSR, Pascal Bord, PRR	STK
	Deklaration der Beteiligungen und Vertretungen der Stadt	PRA
	Déclaration des participations et représentations de la Ville	FID DSS BKS BEU
20190376	Überparteiliche Motion Bettina Epper, Grüne, Salome Strobel, SP	PRA
	Antennenreglement für die Stadt Biel	FID
	Un règlement sur les antennes pour la Ville de Bienne	DSS BKS BEU STK
20190377	Überparteiliche Motion Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, Isabelle Torriani, Fraktion PSR, Titus Sprenger, Fraktion Einfach libres!	DSS
	Umsetzung Verkehrsschulungsanlage	PRA
	Réalisation d'un centre d'éducation routière	FID BKS BEU STK

20190378	Motion Jarno Bigler und Anna Tanner, Fraktion SP/JUSO	PRA
	Die Stadt Biel als Arbeitgeberin braucht ein Integrationskonzept	FID
	La Ville de Bienne a besoin d'une stratégie d'insertion en tant qu'employeuse	DSs
		BKS
		BEU
		STK
20190379	Postulat Pierre Ogi, PSR	MAI
	Eisplanade	DFI
	Eisplanade	ASS
		FCS
		TEE
		CHM
20190380	Überparteiliches Postulat Reto Gugger, BDP, Thomas Brunner, EVP, Andreas Gerber, FDP, Pascal Bord, PRR	BEU
	Faire Rahmenbedingungen für HandwerkerInnen	PRA
	Conditions-cadre loyales pour les artisans et artisanes	FID
		DSS
		BKS
		STK
20190381	Postulat Selma Meuli, Fraktion Grüne	BEU
	Fussgängersicherheit Reuchenettestrasse Nord	PRA
	Circulation piétonne sûre à la route de Reuchenette nord	FID
		DSS
		BKS
		STK
20190382	Postulat Anna Tanner, Fraktion SP/JUSO	PRA
	Chancen für alle Geschlechter	FID
	Chances pour tous les sexes	DSS
		BKS
		BEU
		STK
20190383	Postulat Levin Koller und Miro Meyer, JUSO	PRA
	Biel soll über das kommunale Ausländer*innenstimmrecht selbst entscheiden können	FID
	Bienne doit pouvoir décider seule du droit de vote communal pour les étrangers et étrangères	DSS
		BKS
		BEU
		STK
20190384	Postulat Miro Meyer und Levin Koller, JUSO	BEU
	Urban Gardening in der Stadt Biel	PRA
	Jardinage urbain à Bienne	FID
		DSS
		BKS

		STK
20190385	Postulat interpartis Daniel Suter, PRR, Sandra Gurtner-Oesch, PVL, Sandra Schneider, UDC, Reto Gugger, PBD, Bernhard Leuenberger, FDP	DFI
	Plans d'investissements annuels	MAI
	Jährliche Investitionsplanungen	ASS
		FCS
		TEE
		CHM
20190386	Interpellation Pierre Ogi, Groupe PSR	MAI
	Une plage publique pour le public (2)	DFI
	Ein öffentliches Strandbad für die Öffentlichkeit (2)	ASS
		FCS
		TEE
		CHM
20190387	Überparteiliche Interpellation Titus Sprenger, Passerelle, Dana Augsburg-Brom, SP, Pascal Bord, PRR	FID
	Wahrnehmung des Vorkaufsrechts unter Einhaltung der regulären Fristen	PRA
	Application du droit de préemption dans le respect des délais réglementaires	DSS
		BKS
		BEU
		STK
20190388	Interpellation Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen	PRA
	Gilt das Klimareglement auch für die Bielersee-Schiffahrts-Gesellschaft?	FID
	Le Règlement sur le climat s'applique-t-il aussi à la Société de navigation du lac de Bienne?	DSS
		BKS
		BEU
		STK
20190389	Interpellation Benedikt Loderer, Grüne	PRA
	Spitalareal was nun?	FID
	Site hospitalier, et maintenant?	DSS
		BKS
		BEU
		STK

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:06 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane